

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16 b.
Telephontarif: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelleile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **372800** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

„Taktische Rücksichten.“

Be. Die christlichen Gewerkschaften sind übel daran. Vom Zentrum gegründet, um den bestehenden Organisationen das Wasser abzugraben, sind sie anfangs vom Unternehmertum und den Behörden begrüßt und gehätselt worden. Als sich dann herausstellte, daß sie, getrieben vom Strome der allgemeinen Arbeiterbewegung, den Kampf gegen das Unternehmertum mitmachen, da war es aus mit der anfänglichen Gunst, und Herr Kirchoff vom Kohlsyndikat ließ das Wort fallen, daß die Christlichen schlimmer seien als die Sozialdemokraten. Wenn das übrige Unternehmertum in der Schätzung der christlichen Gewerkschaften nicht soweit ging, die Christlichen für schlimmer als die Sozialdemokraten, das heißt als die freien Gewerkschaften zu halten, so hielt man sie doch auch nicht für besser — inwiefern es dem Unternehmer gleich ist, wer Forderungen an ihn stellt; ob das vom Standpunkt des Klassenkampfes oder vom Standpunkt des Christentums aus geschieht, das ist ihm gleich, er sieht auf seinen Geldsack und nicht auf Grundsätze.

Dieser Meinung war bis vor kurzem auch noch die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das Blatt der Scharfmacherverbände. Noch im April dieses Jahres (Nr. 16) veröffentlichte sie zusammen einen Artikel aus der Zeitschrift des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, worin es hieß: „Von den Christlichen wird bekanntlich bei jeder Gelegenheit betont, daß man weitab von den sozialdemokratischen Ideen stünde, daß man besonders auch die Ansichten der Sozialdemokratie über den Streik nicht teile und stets das Bestreben habe, alle Schwierigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln. Demgegenüber muß nun leider festgestellt werden, daß in unserem Industriegebiet bisher auch nicht der geringste Unterschied zwischen den Forderungen der christlichen und der sozialdemokratischen Arbeiter zu finden gewesen ist. Es hat sich vielmehr stets herausgestellt, daß beide Organisationen, die sich in ihrer Presse und bei jeder Gelegenheit auf das lebhafteste bekämpfen und gegenseitig Abbruch zu tun versuchen, in allen den Fällen brüderlich vereint zusammenstehen, wenn es gilt, gegen die Arbeitgeber Front zu machen. Es ist sogar wiederholt festgestellt worden, daß die Forderungen der Christlichen noch über die der Sozialdemokraten hinausgingen.“

Hierzu bemerkte damals die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung: „Diese Auslassungen decken sich mit dem auch von uns vertretenen Standpunkt, daß es für den Arbeitgeber an und für sich ganz gleichgültig ist, ob der Angriff seitens der Arbeiterschaft unter Berufung auf sozialdemokratische Prinzipien oder auf irgendwelche anderen wie immer gearteten Grundsätze erfolgt. Die Unternehmer dürfen sich in der Abwehr der gegen sie gerichteten Angriffe durch keine Bedenken irritieren lassen, die mit der Erledigung der ihnen aufgedrungenen Arbeitskämpfe nichts zu tun haben. Mit Arbeitgebern, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Arbeitgeber durch Streiks unter ihren Willen zu beugen, kann es einen dauernden Frieden nicht geben, und dieser ausschlaggebenden Tatsache gegenüber spielt die jeweilige Färbung des betreffenden Verbandes eine nur untergeordnete Rolle.“

So das Unternehmerblatt im April. Drei Monate später (Nr. 30) beschäftigt es sich wieder mit den christlichen Gewerkschaften. Es nimmt Bezug auf einen Artikel der Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz über die Entwicklung und das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung. Darin ist sehr viel Unrichtiges enthalten, aber darauf kommt es hier nicht an. Die Hauptsache ist der Schlusssatz: „Tatsächlich zeigt auch die christliche Gewerkschaftsbewegung in ihren Zielen kaum etwas anderes als die sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaften. Nur weil sie sich christlich nennen, werden sie von Leuten, die sich gern täuschen lassen, als etwas anderes angesehen.“

Das ist ein Satz, der sich dem Sinne nach mit den Darlegungen der Zeitschrift des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe deckt. Man sollte also annehmen, daß er auch die Zustimmung der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung finden würde. Aber das ist keineswegs der Fall. Zwar hält es das Blatt immer noch für richtig, daß das Wesen der christlich organisierten Arbeiterschaft bisher dem der sozialdemokratischen Organisationen ähnelte und daß es dem Unternehmer „ziemlich gleich“ sein könne, von welcher Seite sich die Angriffe wider ihn richten. Aber, so heißt es weiter, es sei notwendig, Begriff und Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung näher zu untersuchen, ehe man zu ihrer völligen Beurteilung kommt; man sei „aus rein praktischen Rücksichten genötigt, den einmal obwaltenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt in vernunftgemäßer Weise Rechnung zu tragen, indem wir uns die Gegner genauer daraufhin ansehen, welche Motive für ihr Verhalten denn eigentlich maßgebend sind.“

Das ist, wie man sieht, ein gewaltiger Umschwung gegen früher. Schemed bedingungslose Gleichsetzung der christlichen mit den anderen Organisationen, keine Rücksichtnahme auf die Verschiedenheit der Grundsätze — jetzt aber Abwägung der „Motive“ und des Wesens der christlichen Gewerkschaften. Und jetzt wird auf einmal der Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften entdeckt, der darin liegen soll, daß letztere „der Arbeiterbewegung als die eigentlichen Schlachttrouppen im Kampfe um die Befreiung der geltenden Staats- und Wirtschaftsordnung dienen“, aber es würde eine „vollkommene Verkennung der Sachlage bedeuten, ein gleiches von der christlich organisierten Arbeiterschaft behaupten zu wollen“, man habe keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß in ihrem Beginnen umstürzlerische Tendenzen zum Ausdruck gelangen.

Gewiß nicht! Die Gewerkschaftschriften sind durchweg „staats-erhaltende“ Leute und samt und sonders im Dienste jener Parteien tätig, die an der Erhaltung der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung interessiert sind. Ihre staats-erhaltende Gesinnung haben die christlichen Arbeiter noch bei der letzten Reichstagswahl betätigt, indem sie mit den bürgerlichen Parteien durch dick und dünn gingen und lieber sechs Scharfmacher als einen Sozialdemokraten durchkommen ließen. Aber das sind Tatsachen, die auch der Arbeitgeber-Zeitung nicht unbekannt waren und man darf sich wundern, daß das Unternehmerblatt sie jetzt erst in Betracht zieht. Aber das hat seine Gründe und zwar folgende: Seit Pfingsten dieses Jahres haben wir bekanntlich eine Organisation der „vaterländischen Arbeitervereine“ oder, um es kürzer auszudrücken: der Gelben. Die christlichen Gewerkschaftsführer sehen mit Unwillen auf diese Organisationen von Reichsverbands Gnaden; sie erblicken darin ein Konkurrenzunternehmen, das ihnen ihr Werbegebiet einschränkt. Hier meint nun das genannte Unternehmerblatt:

„Es wäre unklug, diesen Gegensatz noch zu verschärfen. Denn es muß am letzten Ende dem Unternehmertum doch viel mehr daran liegen, die Zahl seiner Gegner zu vermindern, als sie zu vergrößern. Und da es durchaus nicht erfindlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie völlig geeinten gelben und christlichen Gewerkschaften sich zum Gaudium der Sozialdemokraten das Leben gegenseitig schwer machen sollen, hat man allen Anlaß zu dem Bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen, indem man sie mit anderem Maße mißt als die sozialdemokratischen. Jedenfalls ist es schon aus taktischen Gründen nicht richtig, in der gegenwärtigen Periode beginnender gewerkschaftlicher Neubildungen vom Schlage der gelben Organisationen die Pflicht zu sorglicher Berücksichtigung der in der Arbeiterbewegung obwaltenden Umstände außer acht zu lassen.“

Mit anderen Worten: Das Unternehmertum liebt es zur Veränderung einmal wieder die Christlichen, weil es damit rechnet, daß sie sich den Gelben nähern und mit diesen gemeinsam gegen die freien Gewerkschaften angehen werden. Die Arbeitgeber-Zeitung hofft, daß „im Laufe der Zeit das Verständnis der Führer der Christlichen für die von den Arbeitgebern zur Verteidigung ihres Standpunktes in Anschlag gebrachten Argumente mehr zunehmen wird“, und um diese Entwicklung nicht zu unterbrechen, rät das Scharfmacherblatt dringend davon ab, die Christlichen und die freien Gewerkschaften „in einen Topf zu werfen.“

Selbstverständlich werden die Christlichen jede Verwandtschaft mit den Gelben ablehnen, trotzdem es für diese Verwandtschaft mehr als einen Beweis gibt. Im übrigen genügt es zu ihrer Kennzeichnung, daß ein anerkanntes Scharfmacherblatt ihnen derartige Zumutungen machen kann und das Unternehmertum sie jetzt wieder liebend in die Arme schließt. Man schlägt sich und man verträgt sich — aus „taktischen Rücksichten“ und innerer Seelengemeinschaft!

Zur Frage des Hüttenarbeiterschutzes.

Seitdem der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Frage des Schutzes der schwergeplagten Walzwerk- und Hüttenarbeiter energisch in die Hand genommen und durch seine die Öffentlichkeit aufwühlenden Schilderungen namentlich des Kollegen D. Hue und durch die aufgenommenen und den Reichstagsmitgliedern zur Kenntnis gebrachten eigenen Untersuchungen und Darlegungen der schweren Mißstände den Finger in eine blutende soziale Wunde gelegt hat, tun auch die Hirsch-Dunderschen und die Wiebersche „christliche“ Organisation so, als ob ihr soziales Gewissen erwacht wäre und sie sich ernsthaft um die Interessen der Hüttenleute kümmern wollten. Die Erkelens-Leute hatten vor einiger Zeit ihre Mitglieder zu einer Konferenz der Walzwerk- und Hüttenarbeiter zusammengerufen, und der Ruf der Hirsche ließ die Christen nicht schlafen. Am 11. August fand in Duisburg (wir halten uns an die Berichte bürgerlicher und sozialdemokratischer Blätter) eine vom christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband einberufene Konferenz der Hütten- und Walzwerkarbeiter „aller deutschen Industriebezirke“ statt. Zu der Versammlung waren als Gäste erschienen der Duisburger Gewerbeinspektor, die Zentrumsabgeordneten Giesberts, Kirsch, Becker und Raden sowie die christlich-sozialen Abgeordneten Behrens und Dr. Durchhardt.

Was die Hirschenkonferenz anlangt, braucht angeichts der Vorbereiter, die die harmonische und lumpentatige Gewerkschafts- presse sich ob solcher „sozialen Lat“ reichlich zunutze, nur an die in dieser Zeitung verschiedentlich berührte eigenartige Stellung der Hirsche bei den letzten Reichstagswahlen und ihre „harmonische“ Annäherung an die Partei der Scharfmacher und Walzwerkförmige, der Nationalliberalen, erinnert zu werden. Die Führer der Hirsche in Westdeutschland gaben sich redliche (allerdings vergebliche) Mühe, die Wortkämpfer des Hüttenarbeiterschutzes — vor allem Hue — zu Fall zu bringen. Die Nationalliberalen stellten allein im Wahlkreis Bochum, wo Hue aufgestellt war, mit dem Gelde der großen Zechen- und Hüttenbesitzer sieben Parteisekretäre an, darunter irramme „christliche“ und Hirsch-Dundersche Organisierte, und die Hirschenführer gaben die Parole aus: Gegen den Freund des Hüttenarbeiterschutzes Hue, für den Scharfmacherliebhaber Dr. Haarmann. Und bei dem ersten und einzigen Versuch — seit 40 Jahren — sich um die Verbesserung der Lage seiner Mitglieder ernstlich zu kümmern, bei dem Streik auf „Rote Erde“ bei Aachen, zeigte sich gar bald, daß die „reichgefüllten Kassen“, mit denen der Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer immer und gern prahlt, wohl auf dem Monde verwahrt liegen müssen; denn entgegen dem Wehrlas aller in Betracht kommenden Organisationen mußten die Hirsche gar bald Sammelkisten zirkulieren lassen und so ihre eigene Schwäche eingestehen. Und die im Hirschen-Gewerksverein organisierten Kollegen, denen noch immer die in marktfeiererischem Klammerton ausgesprochene Höhe der Unterführungen „im Vergleich zum großen Deutschen“ in

den Ohren klingen, müssen sich mit den elegischen Worten des Bauernknechtes in Fritz Reuters „Läuschen und Rimelz“ abfinden: „Kindfleisch und Plummen is es schön Gericht; doch, mine Herr'n, id krig't man nicht.“ Den Hirschen wird keine soziale Schaumflägerei das Vertrauen der Walzwerkarbeiter einbringen. Die Erkelens-Leute wirtschaften sich selbst zugrunde.

Und nun die Christen! Sie taten wohl daran und mußten was sie taten, als sie nur die bürgerlichen Abgeordneten der Wahlkreise, in denen Hüttenwerke liegen, zu der Konferenz einluden. Und auch die schlesischen Zentrumsabgeordneten, die der Konferenz fernblieben, taten wohl daran und mußten was sie taten. Sonst wäre ja die ganze elende Farce, die groteske Lächerlichkeit der christlichen „Tagung“ ans Licht gekommen. Sind es doch gerade die ober-schlesischen Zentrumskreise, aus denen die schlimmsten Peinigungen der Walzwerkflaven vermeldet werden; sind es doch maßgebende Zentrumschriften, die die schlesischen Hüttenleute „vertreten“, daß ihnen Hören und Sehen vergeht; ist es doch das zentrumlich regierte „Silesia“, wo grauenhafte Wohnungsverhältnisse herrschen und wo bei fromm-christlichen Unternehmern sogar noch Frauen und Mädchen in Berg-, Eisen- und Zinkhüttenwerken schwer fronden müssen. Warum kamen die Ballestreim e tutti quanti nicht zu der zentrumschristlichen Konferenz der Hüttenleute? Sie waren ja eingeladen, während man die Vertreter von Hüttenwahlkreisen, die die Hüttenarbeiterfrage in Fluß gebracht haben, die sozialdemokratischen Vertreter, wohlweislich übergibt? Ach, ihr Zentrumschriften laßt ja keinen Hund vom Ofen. Hat der treu-ehierere Franz Wieber auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht? Wir Walzwerkarbeiter wären belämmt, wenn wir weiter auf die Günst der „Christen“ und der „christlichen“ Abgeordneten warten wollten. Die Nationalliberalen und das Zentrum haben alle die Jahre die Hüttenwahlkreise „vertreten“ und keinen Finger krumm gemacht, um uns zu helfen. Die Sozialdemokraten taten das gern, was die Christen nicht wollten und — als Vertreter kapitalistischer Parteien — auch gar nicht konnten. Nein, ihr Herren „Christen“, die Zeiten beginnen zu schwinden, wo der Hüttenmann dumpf und stumpf, hoffnungslos und schnapsgerben sich in sein Los fand. Wir wissen, wo unsere Freunde sind. Auch der „Christen“ Schalmeeien können umsonst, sie können die Schäfchen nicht halten. Ein Licht ist den Hüttenleuten in der Kritik der sozialistischen Abgeordneten und der Arbeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufgegangen und dieses Licht wird uns den Weg vorantreiben.

Und wenn Franz Wieber für den christlichen Metallarbeiter-Verband die „Priorität“ in Anspruch nimmt, „den Stein ins Rollen“ gebracht zu haben zur Herbeiführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Feuer- und Hüttenarbeiter, so liegt die grobe Unwahrheit der Behauptung klar zutage. „Entsamtiger Jesuwiter!“ würde Dufel Bräsig wohl sagen. Wiebers wurde auch gleich von seinem Zentrums-genossen Giesberts, dem „Unvergleichlichen“, direkt widerlegt. Giesberts meinte: Für ihn als Abgeordneten und seine Freunde handelte es sich darum, von den Arbeitern selbst zu hören, ob alles, was über die Mißstände geredet und geschrieben worden sei, sich auch wirklich so verhalte, und wie die Hüttenleute selbst über den zu erstrebenden Schutz dächten. Das Tempo auf sozialpolitischem Gebiet in den letzten Jahren sei gar zu langsam geworden. (Schuld des Zentrums.) Die Lage der Walzwerk- und Hüttenarbeiter sei ja schon verschiedentlich zur Sprache gebracht; in eine konkrete Richtung sei die Bewegung gebracht durch den Antrag der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1905 auf Vornahme statistischer Erhebungen. Zwar hätten verschiedene Wortführer der Großindustrie, namentlich Dr. Beumer, die Ausführungen des Abgeordneten Hue bestritten, doch als dann im Jahre 1906 von drei Seiten — dem christlichen Metallarbeiter-Verband, den Sozialdemokraten und den Polen — die Anträge erneuert und von den Sozialdemokraten nunmehr direkte Verordnungen des Bundesrats gefordert seien, da sei der Antrag auf Vornahme von Erhebungen nicht mehr von der Hand zu weisen gewesen. Die Denkschrift des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, so dankenswert auch das darin aufgeführte Material entgegengenommen sei und so lehrreich sie für jeden Parlamentarier sein müßte, sei dennoch nicht ausreichend, weil man nicht beide Teile gehört habe.

Der Abgeordnete Giesberts könnte recht wohl einsehen, daß die Enquete des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gerade den Zweck hatte, durch die Wucht des zutage geförderten Materials antilige Erhebungen zu erzwingen. Die Redner gaben alle ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die von Hue und vom Deutschen Metallarbeiter-Verband vorgebrachten Mißstände tatsächlich bestehen. Sehr schade, daß der „christlich-soziale“ (?) Abgeordnete Stöcker „abgesagt“ hatte, der im Reichstag behauptet hat, Hue habe „Schauermärchen“ vorgebracht, ihm sei aus dem Sieger Hüttenkreis nichts von solchen Mißständen bekannt. Der christliche Delegierte Buchner aus Siegen berichtete nämlich: „Alles das, was der Abgeordnete Hue in bezug auf den Siegerkreis im Reichstag vorgebracht, treffe vollinhaltlich zu, die Mißstände seien teilweise noch schlimmer, als sie bar-gestellt seien.“ Man sieht, wie ernt es der Stöcker mit seinen Pflichten als Volksvertreter nimmt. Auch der christlich-soziale Abgeordnete Behrens erkennt an, daß die Denkschrift des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gutes Material geliefert habe. Der Kollege des Behrens, Dr. Durchhardt, der auch als Gast auf der „christlichen“ Tagung war, meinte doch wohl, als Hue die schlesischen Zustände im Siegerländer Hüttenbezirk untersuchte und die Sammelkiste der christlichen Vertreter geipelte, daß es nicht seine (Durchhardt's) Art sei, in den Vertrieben herumzunäffeln!

Der Duisburger Gewerbeinspektor meinte, daß eine Untersuchung über die Hüttenarbeiterzustände überaus wünschenswert erscheine und auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, besonders die Abschaffung der 24stündigen Schicht der Hochofenarbeiter (die 24stündige Schicht

kommt als Regel nicht nur bei den Hochofenarbeitern in Betracht berechnigt erscheinen. Insofern lasse sich die Sache so leicht nicht machen, da einfach keine Arbeiter da seien. Die Klagen über Unsauberkeit seien wohl vorwiegend auf das Konto der hinzugezogenen Ausländer zu setzen, die an kein Reinlichkeitsgefühl gewöhnt seien. Mit Verlaub, Herr Gewerberat, das ist Karifari! Es sind Arbeiter genug da! Das muß energisch betont werden. Auch der Unterstaatssekretär Mühlberg sprach vor kurzem vor den englischen Journalisten über die Laufende fehlender Arbeitskräfte im Westen Deutschlands. Gehe man doch nur einmal zur Zeit der Arbeiterannahme zum Portier eines großen Hüttenwerkes, wenn der Fabrikarzt die menschliche Ware in brutaler Art auf ihre Brauchbarkeit für die kapitalistische Ausbeutung untersucht! Tag um Tag werden von den einzelnen Werken hunderte Arbeiter angenommen, die ebenso regelmäßig nach einigen Wochen der Hölle wieder entfliehen. Die miserablen Zustände sind Schuld, daß Arbeiter fehlen. Und die ausländischen Arbeiter sind nicht vorerst schuld an der Unsauberkeit, sondern die Niedertrachtung aller Menschenwürde durch die Walzwerkunternehmer. Noch vor einigen Wochen wurde in einer Korrespondenz dieser Zeitung aus Dortmund berichtet (von Götz Walawert), daß einem Arbeiter, der einen ekelhaft verschmierten blauen Anzug erlegt haben wollte, vom Betriebsführer die Antwort wurde: „Wenn Sie solche Ansprüche machen, dann müssen Sie nicht in einem Walzwerk arbeiten!“

So liegen die Dinge, Herr Rat! Die Walzwerkunternehmer achten die Arbeiter nicht als gleichartige und gleichberechtigte Menschen, sondern als Arbeitstiere, über die sie als „freie, sehr freie Menschen“ verfügen, wie es ihnen beliebt. In dem Walzwerk, wo Schreiber dieser Zeilen zurzeit beschäftigt ist, wird zum Beispiel der Abort des Betriebs nie gefegt, nicht einmal der Dreck oberflächlich weggeschwemmt, seit Jahren liegt der Mist herum; die Unsauberkeit verbreitet einen pestilenzialischen Gestank — und dann lese ich in der Zeitung, daß der Direktor des Werkes einer Kommission angehört zur Bekämpfung der Genickstarre! Ach, die Genickstarre! Allerdings und begreiflicherweise thumpft dann bei den Arbeitern, die jahrelang, jahrzehntelang sich in dem Dreck und Schmutz bewegen müssen, das Reinlichkeitsgefühl ab. In einem Hause, wo der Fußboden nicht täglich gefegt wird, verflumert das moralische Bewußtsein, sagt Ibsen im Volksfeind.

In seinem Schlußwort meinte Siebertz, daß alles bestätigt sei, was über die Zustände in den Walz- und Hüttenwerken mitgeteilt wurde. Wenn von einer Waffenbrüderschaft der „Christlichen“ mit den Sozialdemokraten geredet werde, so solle man sich dadurch nicht irremachen lassen. Die christlichen Metallarbeiter ließen sich nicht als Sturmbock gegen die Sozialdemokraten gebrauchen. (Wäre sehr zu wünschen.) In einer Resolution wurde die Abschaffung des Systems der Sperre oder der Überweisungsscheine, das die Walzwerke im eigenen Betrieb und auch untereinander eingeführt haben, gefordert.

Wäre es den christlichen Männern ernstlich um die Abschaffung der Mißstände auf den Hüttenwerken zu tun, so könnten sie nicht nur die bürgerlichen Abgeordneten einladen, hingegen die Vertreter der Arbeiterklasse übergehen. Rein, ihr Christen, eure „Tagung“ war auch bloß „Dogenverbrennen“; es wird euch nicht viel nützen. Unbeirrt, ruhig und ohne Nebenabsichten hat der Deutsche Metallarbeiter-Bund, abgesehen er ja zumeist und vorwiegend die sogenannten gelernten Arbeiter umfaßt, die Hüttenarbeiterfrage angeht, nicht zur Ruhe kommen lassen, er hat den „Stein ins Rollen“ gebracht und sein „Schlag“ in die Öffentlichkeit geworfen. Die Hütten haben seit 40 Jahren die Mehrzahl ihrer Mitglieder unter den Hüttenleuten gehabt und haben sich nicht um deren wirkliche Interessen gekümmert. Die Christen haben seit langen Jahren fast alle Hüttenarbeitervereine vertreten und haben sich gleichfalls nicht um die Lage der Walzwerkarbeiter bemüht. Wir Hüttenleute erkennen sehr wohl, daß sozialdemokratische Abgeordnete und der Deutsche Metallarbeiter-Bund durch ihre rührige Arbeit die anderen Arbeiterorganisationen voranzubringen haben und daß ihnen das Verdienst gebührt, die öffentliche Meinung für der Hüttenarbeiterfrage erregt zu haben. Und wenn Christen und „Christen“ sich jetzt den Anstchein geben, uns in der „Reinigkeit“ zu übertrumpfen, so wollen wir uns — um nochmals mit „Gespinnster Sträp“ zu reden — damit begnügen, in der „Reinigkeit“ voran zu sein. X.

Die Fabrikinspektoren über Tarifverträge und Organisationen.

(Schluß aus Nr. 32)

Um ein Bild der relativen Stärke des Deutschen Metallarbeiter-Bundes in den drei Städten zu gewinnen, sind vom statistischen Landesamt die Zahlen der in den Kreistagesorten Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe und Ludwigsburg sowie in den Städten Breisach, Bruchsal, Ettlingen und Rastatt in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Personen nach dem Stande vom 1. Oktober 1906 ermittelt worden. Es hat sich ergeben, daß für Mannheim 12255, für Karlsruhe 16562 und für Pforzheim 21490 Personen in Betracht kommen und daß von diesen in der gleichen Reihenfolge 46,6, 34,4 und 30 Prozent dem Deutschen Metallarbeiter-Bund angehören. In Mannheim handelt es sich fast ausschließlich um männliche Personen. Rechnet man für Pforzheim die dort vorhandenen

6500 Bijouteriearbeiterinnen und für Karlsruhe etwa 1000 Arbeiterinnen in den Patronenfabriken ab, so findet man, daß von den männlichen Personen in Pforzheim 42,8 Prozent, in Karlsruhe 21,2 Prozent im Deutschen Metallarbeiter-Bund organisiert sind. In den Landbezirken umfaßt der Deutsche Metallarbeiter-Bund mit 2063 Mitgliedern 12 Prozent der in Betracht gezogenen Arbeiterkategorien. Daraus folgt für uns, daß noch immer und trotz allem, was bereits geschehen, ein großes Stück Agitations- und Organisationsarbeit zu verrichten ist, das aber auch guten Erfolg verspricht. Als charakteristisch für die Lohnbewegungen der letzten zwei Jahre wird die Tatsache angeführt, daß die Unternehmer sich mehr daran gewöhnt haben, die Organisationen als Vertreter oder doch als Berater der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, wobei sie durchwegs gute Erfahrungen gemacht haben. „Die Verhandlungen für erfolgreiche Verhandlung — richtiges Augenmaß für das Erreichbare und sachliche Kampfesweise auf beiden Seiten — werden, wie die Erfahrung lehrt, um so vollkommener erfüllt, je erprobter die Parteien im Kampfe sind. Hierfür ist unter anderem der Neuantritt des Buchdrucker-Tarifs ein sprechendes Beispiel. Auch in Baden konnten wie im übrigen Deutschen Reich die Vertrauensmänner des Deutschen Buchdrucker-Bundes die anfänglich widerstrebende Gehilfenchaft überzeugen, daß in dem Tarif das Mögliche erreicht wurde und trotz manchen heftigen Widerstrebens wurde dessen allgemeine Annahme durchgesetzt.“

Der badische Bericht erwähnt ferner die Formerbewegung, die in Karlsruhe zum Abschluß günstiger Tarifverträge für die Siebereiarbeiter in mehreren großen Fabriken und zwar in der Hauptsache auf friedlichem Wege führte; nur in einem Falle ging dem Vertragsabschluß ein fünfjähriger Streik voraus. Die Hauptbedeutung des Ergebnisses der Lohnbewegung der circa 700 Siebereiarbeiter von Karlsruhe und Umgebung erblickt der Bericht darin, daß Mitglieder des Metallindustriellenverbandes sich entschlossen, mit den Leitern des Deutschen Metallarbeiter-Bundes über die Regelung von Lohnfragen in ihren Betrieben zu unterhandeln und die Festlegung von Mindestlöhnen zuzugestehen. Die Unternehmer sprechen sich bis jetzt über die Wirkung der auf 2 Jahre geschlossenen Verträge günstig aus.

Als das bedeutendste Ereignis des Berichtsjahres und zugleich als einen Erfolg des Deutschen Metallarbeiter-Bundes, wie er in „ähnlicher Vollkommenheit und Tragweite wohl nur selten erreicht wurde“, bezeichnet die badische Fabrikinspektion die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Pforzheimer Bijouterieindustrie. Der Bericht gibt ferner eine Darstellung des Verlaufs der Lohnbewegung, würdigt die erzielten Errungenschaften und teilt den Tarifvertrag im Wortlaut mit. Es wird auch mitgeteilt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Bund Ende März 1906 in Pforzheim nur 886 Mitglieder zählte, Ende September aber deren 2052.

Beachtenswert ist die Feststellung, daß die Lohnzuschläge von 50 Prozent für Überzeitarbeit nach dem Grundbesatz den Zweck, sie zu beschränken, vollumfänglich erfüllt hat. Die Unternehmer erklärten allgemein, daß je teurer bezahlte Arbeit sich nicht lohne und kamen — was früher für absolut unmöglich gehalten wurde — trotz des überaus lebhaften Geschäftsganges ohne Weilarbeit (Überstunden) aus. Haben auch manche Fabrikanten unter den neuen Verhältnissen wiederholt Aufträge von kurzer Dauer ablehnen müssen, so konnte im allgemeinen doch mit elfenwürdiger Arbeitszeit von 12 und 13 Stunden. Der Besizer eines sehr großen Unternehmens hat die auch sonst gewöhnliche Erzeugung bestätigt gefunden, daß die auf die Stunde berechneten Stundenlohnbedienste der Arbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit gestiegen sind. Eine feste Garantie für die pünktliche Durchführung der Vereinbarungen liegt in dem Umstand, daß die Arbeitszeiten für alle Pforzheimer Betriebe einheitlich festgelegt sind und daß der Jahrsplan der Arbeiterzweige dem regelmäßigen Arbeitsfluß angepaßt wurde. In allen Betrieben sind Plakate angebracht, auf denen die Arbeitszeit und die sonstigen Hauptbestimmungen der Vereinbarung zu lesen sind.

Geradezu möchten wir nun ganz besonders folgenden Satz: Das verlässige und maßvolle Auftreten der Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Bundes bei den Verhandlungen und bei der Durchführung der Bestimmungen in den einzelnen Betrieben wurde auch von Seiten der Unternehmer rückhaltlos anerkannt.

Damit verleihe man einmal die elende Hege der Deutschen Arbeiter-Zeitung und der gesamten Schlaraffenpresse, nach der die schlechtesten Eufelien auf der ganzen Welt die Arbeiterzeitung sein sollten. Es sind die öffentlichen Versammlungen planmäßig, losgerannt und ziellos von den streifenlosen Schöblingen der Kapitalistenklasse getrieben.

Wir machen uns darauf gefaßt, daß man die Schlaraffenpresse eine Hege gegen den badischen Fabrikinspektor Dr. Stumm im Namen werden, der früher ihr „Schling“ war, eine Hege, wie sie sie wiederholt gegen die württembergische Fabrikinspektion führten, erfreulicherweise aber immer ohne Erfolg.

Die Regelung der Verhältnisse in der Bijouterieindustrie hatte den Abschluß einer analogen Vereinbarung in der Eisenindustrie zur Folge und auch die kleineren zahlreicheren Hilfsbetriebe, die dem Metallarbeiter-Bund nicht angehören, konnten sich der Vereinbarung

der neuen Arbeitszeit und der Höherbezahlung der Überstunden nicht entziehen.

Auffallend ist die Respektiertheit der bayerischen Fabrikinspektoren in der vorliegenden Frage. Im Berichtsjahr abgeschlossene Tarifverträge werden nur kurz erwähnt, eine Würdigung derselben und Betrachtungen darüber sucht man vergebens in dem ganzen bayerischen Berichtsbuch. Ebenso zurückhaltend sind die Aufsichtsberechtigten gegenüber den Arbeiterorganisationen. Geprägt ist hierin einzig der Augsburger Fabrikinspektor, aber nur in bezug auf die sogenannten „Gelben“, über die er inkonsequente Mitteilungen macht. Sollen dadurch etwa die Unternehmer veranlaßt werden, ihre Arbeiter unter völliger Entwertung ihres Koalitionsrechtes ebenfalls in „gelbe Gewerkschaften“ zu pressen?

Vergegenwärtigt man sich, daß es gerade die bayerische Regierung war, die mit ihrem feinerzeitigen sozialpolitischen Erlaß die Schaffung von Tarifverträgen und damit die gemeinschaftliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse den Arbeitern und Unternehmern empfahl, daß sie damit von vornherein auch die Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, anerkannte und den Fabrikinspektoren die Unterstützung und Förderung aller dieser Bestrebungen ans Herz legte; vergegenwärtigt man sich ferner auf der anderen Seite die maßlose wüste Hege, die alle Schlaraffenmacher gegen den Erlaß betrieben, die Forderungen von Unternehmerversammlungen an die bayerische Regierung, ihren Erlaß wieder aufzuheben, so muß man konstataren, daß sie einen vollen Sieg errungen haben. Die bayerische Regierung hat entweder in aller Stille und in aller Form ihren Erlaß wieder zurückgezogen oder sie hat den Fabrikinspektoren Kontrovors gegeben, daß sie sich um Tarifverträge und Arbeiterorganisationen nicht mehr kümmern sollen. Vielleicht nimmt die im neuen Landtag wesentlich verstärkte sozialdemokratische Fraktion Veranlassung, den sozialpolitischen Rückschritt der bayerischen Fabrikinspektion und ihrer Berichte zur Sprache zu bringen und sich nach dem Schicksal des sozialpolitischen Erlasses der Regierung zu erkundigen.

Während auf der einen Seite der bedauerliche sozialpolitische Rückgang der bayerischen Fabrikinspektion konstatiert werden muß, kann auf der anderen Seite eine erfreuliche Besserung, ein sozialpolitischer Fortschritt der preussischen Fabrikinspektion verzeichnet werden. Bayern von Preußen überholt — das ist für ersteres sehr bedenklich, ohne daß deshalb letzteres aus seiner sozialpolitischen Rückständigkeit und Minderwertigkeit herauskommen würde.

Der Gewerberat in Liegnitz führt die verschiedenen Auffassungen der Unternehmer über den Wert und die Zweckmäßigkeit der Tarifverträge an. „Einige glauben, daß nach möglichst allseitiger Einführung der Tarifgemeinschaften, durch welche beide Beteiligte auf Grund selbstgegebener Gesetze gebunden werden, die Arbeiter und besonders auch die Arbeiterverbände allmählich mehr und mehr erkennen würden, daß nur auf dem Wege ruhiger Entwicklung für die Arbeiterbevölkerung bessere Arbeits- und Lohnbedingungen geschaffen werden können. Andere Gewerbeunternehmer befürchten dagegen, daß die Kämpfe jedesmal bei Ablauf und Erneuerung der Tarifverträge um so heftiger ausgefochten werden und daß die Tarifgemeinschaften infolge der zunehmenden Erbitterung nicht geeignet sein können, den sozialen Fehlern vorzubeugen. Besonders finden es einige Unternehmer, die Tarifverträge abgeschlossen haben, ferner, daß sowohl tüchtige wie minder tüchtige Arbeiter gleichen Lohn erhalten (Wer wohl den Leuten diesen Bären aufgebunden hat? Höfentlich teilt der Fabrikinspektor den Irrtum nicht und wirkt aufklärend und belehrend. D. Red.) und es infolgedessen erforderlich sei, wenig leistende Arbeiter, die bei einer ihren Leistungen entsprechenden Bezahlung wohl beschäftigt werden könnten, zu entlassen.“

Demgegenüber bemerkt der Bericht, daß sich die Tarifverträge in allgemeinen durchaus bewährt haben, denn die Zeit ihrer Gültigkeit bildet gewissermaßen einen Waffenstillstand in dem sonst ununterbrochen währenden Interessentkampf zwischen vielen Arbeitern und Unternehmern.“

Der Magdeburger Berichterstatter stellt fest, daß die Tarife im allgemeinen zur Zufriedenheit wirken. „Es wird anerkannt, daß die Unternehmer durch sie in gewissem Grade gegen Ausländer geschützt sind, außerdem aber auch gegen Unvorbereitung durch unläuterer Wettbewerb, sofern die Tarife für ganze Industriezweige gelten. Es können demzufolge höhere Löhne bezahlt werden und die Arbeiter haben ferner den Vorteil gleichbleibender Lohnverhältnisse bei schwankender Geschäftslage.“ Mit dieser zutreffenden Beurteilung der Tarifverträge kontrastiert sehr seltener die weitere Ausführung, daß in dem Umstand allerdings ein Nachteil liege, daß tüchtige Arbeiter durch die Verträge in ihrem Streben, durch gute Arbeit und Fleiß besseren Verdienst zu erlangen, gehindert werden. Das ist sehr oberflächlich und verständnislos und beweist, daß der Berichterstatter sich noch nicht die Zeit genommen hat, sich in das Studium der Tarifverträge zu vertiefen, was wir ihm aber angelegentlich empfehlen möchten. Er wird dann durch das Quellenstudium die Erkenntnis erlangen, daß Tarifverträge wohl Minimallohne enthalten, aber nimmermehr Maximal- oder Normallohne und daß daher weder von einer „schablonenmäßigen Gleichmacherei“ noch von Behinderung des Strebens nach Erhöhung des Lohnes, noch von Erzielung eines höheren Verdienstes die Rede sein könne. Wir kennen nur eine Lohngrenze nach unten, aber keine solche nach oben.

Der Magdeburger Bericht macht dann weiter die interessante Feststellung, daß die Großindustrie sich im allgemeinen ablehnend

Technische Rundschau.

Automatischer Fernschreiber. — Elektrische Erweichung mit dem Drednought. — Dampfventilator. — Unterwasserapparat. — Hoch- und Untergrundbahn in Philadelphia. — Neue elektrische Lampe. — Zementpflaster betriebsmäßiger Bauart. — Zementpflasteranlagen in Bergamo. — Elektrische Kleinbahnverbindung. — Neue Dampfstraßbahn. — Elektrische elektrische Bahn.

Eine bewährte Vorrichtung zum automatischen Erhitzen hoher Temperaturen, die einen Zweck erreichen können, bringt die Firma A. Schöppe in Leipzig in den Handel. Der Apparat ist als Fernschreiber angeordnet und besteht aus einer geeigneten Zementplatte, die mit einem Zementpflaster versehen ist. Auf diesem ist eine normale Zementplatte, eines durchgehenden Feder betrieblig. Diese besteht aus mehreren dünnen Schichten aus verfestigtem Zement. Die Zementplatte wird von mehreren Metalle in ebenfalls verfestigtem Zement. Auf ihrer höchsten Punkte hat die Feder ein Kontaktstückchen aus Metall, dem gegenüber sich eine Kontaktfläche befindet. Zwischen ist nach ein Kontaktstückchen vorhanden, das ebenso wie die oben erwähnte Kontaktfläche mit einer Zementplatte in Verbindung steht. Im übrigen sind diese beiden Teile sehr gut isoliert und treten nur dann in Kontakt, wenn eine Zementplatte auf sie ausgesetzt wird. Der Kontaktstrom fließt infolge der Wärme davon so weit aus, daß die aus Metall bestehende Spitze berührt wird. Dadurch ist sofort ein Stromschlag herbeigeführt und eine Zementplatte tritt in Tätigkeit. Dieses eine Schichten läßt sich der Arbeit des Schreiners beliebig vergrößern oder verkleinern. Der gleiche Apparat läßt sich durch eine Umänderung der Zementplatte, bei dem der Apparat in Tätigkeit treten soll, einstellen. Der Apparat ist auf Arbeitstisch eingepaßt, soll mit Wasser ausgeteilt werden, so benutzt man einen Heber mit entgegengesetzt gehogener Feder, die sich beim Anheben von dem Wasser entfernt.

Das berühmte englische Kriegsschiff „Dreadnought“ hat die Engländer doch sehr entzückt. Unzählige fudern genannere Nachrichten durch, trotzdem mathematische Anzeigen über die Probefahrten nicht veröffentlicht wurden. Da das Schiff mit Dampfmaschinen ausgestattet ist, die natürlich eine höhere Drehzahl haben als die Dampfmaschinen, so war es auch die Propellerlänge eingehend studiert worden. Bei einer Probefahrt, wo beschleunigt war, 43 Meilen Fahrt zu machen, mußte diese bereits nach 25 Minuten abgebrochen werden, da die Maschinen zu schlecht waren. Bei den gewöhnlichen Versuchsfahrten haben sich die Turbinen als gewöhnliche „Schleppschiffe“ gezeigt. Sie haben bei dieser Fahrt beinahe das doppelte Quantum Kohlen verbraucht wie die Schiffsdampfmaschinen.

Während der Verwendung des Abdampfes als Heizmittel in Feueröfen, Trocknern und Verdampfungsapparaten war der Nachteil vorhanden, daß der Abdampf Öl enthält. Eine veränderte Wärmeabfuhr infolge der schiefen Leitenden Röhren auf den Heizflächen war die Folge. Auch bei der Verwendung dieses Kondensats zur Heizung wurden sich die Nachteiligkeiten auf der Heizoberfläche fest. Infolgedessen treten saure Zerfallsprodukte auf sowie starke Verunreinigungen der Heizflächen und im Zusammenhang mit dem Kondensat unangenehme Gerüche, Anwesenheiten, welche oft Gefährdungen im Geolge hatten. Der Junge der Dampfheizung hat daher jetzt das Interesse der Ingenieure gewendet. Die Entlösung geschieht, mit Ausnahme von den Fällen, wo das Öl verzieht, ein mechanisches Rohr mit Apparaten, in denen das Öl durch steigende Bewegung des Dampfstromes gleichsam ausgeföhrt wird. Die geschieht am einfachsten durch Durchschiebung von Schwebeln in den Weg des Dampfes. Die dem spezifizierten Geruch nach schwererem Teile, als die dem Dampf beigefügten Öl- und Zersetzungsprodukten, werden im Bereich der Schwebel gegen die Wandung der Leitung geschleudert, veranlassen sich hier und fließen, von dem fließenden

Dampfe getrennt, nach einer Sammelstelle ab. Einen Entlöser nach diesem Prinzip baut die Firma Kürett & Knöchel, Magdeburg. Der zu entlösende Dampf tritt in ein zylindrisches Gefäß ein, geht über drei eingebaute Schwebeln nach unten und durch ein in der Länge der Schwebel stehendes Rohr nach oben zum Austrittsfluß, den er entlöst verläßt. Die abgeföhrende Mischung von Öl und Wasser sammelt sich über dem Boden des Gefäßes. Bei Auspuffmaschinen wird die Mischung durch einen auf ununterbrochenen Ablauf eingestellten Hahn abgelassen. Bei Kondensationsmaschinen wird das Gemisch entweder in einen besonderen Behälter abgelassen oder durch eine geeignete kleine Pumpe beständig abgepumpt. Von den drei Schwebeln ist die eine vollwandig, die beiden anderen bestehen aus Drahtgewebe.

Bie schon in einer der letzten Rundschau ein Apparat zur Aufnahme von Glodensignalen beschrieben worden ist, so ist heute noch mitgeteilt, daß ein ähnliches Patent, das heißt eine Vorrichtung zum Empfangen von durch Wasser fortgeleiteten Schallwellen an Bord von Schiffen“ geschützt wurde. Die Signale werden wieder durch eine in die Außenhaut des Schiffes eingesehte Membrane aufgenommen. Mittels Luftschwingungen eines Drehtes oder eines anderen straffen oder lauten Verbindungsmittels werden die Signale weiter übertragen. Das Verbindungsmittel ist gegen solche Schwingungen, die längs der Außenhaut auftreten, unempfindlich. Der den Schall übertragende Draht kann die Schwingungen der Membrane an der Außenhaut auch einer zweiten Membrane übermitteln; diese bildet dann die Wand einer wiedertönenden Schallkammer.

Das Strätt-Railway-Journal bringt in einer seiner letzten Nummern eine interessante Ausführung über die Hoch- und Untergrundbahn in Philadelphia. Die Ventilation der Untergrundbahn erfolgt außer durch Treppenzugänge an den Haltestellen durch besondere Kammer, welche je nach Bedarf mit künstlichem oder natürlichem Zug

gegen die Tarifverträge verhalte, weil sie „darin eine unerwünschte Stärkung der Interessensolidarität der Arbeiter und ein Mittel zur Zuspitzung der Lohnkämpfe erblickt“. Bestere Annahme ist wieder falsch und das gerade Gegenteil der Wahrheit, erstere Anschauung entspricht der ganzen kapitalistischen Klassenherrschaft und Lohnpolitik, deren Quintessenz die Formel ist: „Teile und herrsche!“ und — heute aus.

Dem Wiesbadener Bericht ist zu entnehmen, daß immer häufiger der Abschluß von Tarifverträgen erfolgt. „Die Abneigung der Unternehmer dagegen ist nach meinen Beobachtungen im Schwinden begriffen, da sie sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß damit auch große Vorteile verbunden sind. Durch den Abschluß eines Tarifvertrages auf längere Zeit wird den unaufhörlichen Lohnstreitigkeiten ein Ende gemacht. Die Unternehmer erhalten dadurch eine zuverlässige Unterlage für ihre Berechnungen und brauchen nicht mehr zu fürchten, daß ihnen plötzlich ein unvorhergesehener Anstieg alle Voranschläge über den Gewinn wirft. Auch das häufige Wechseln der Arbeiter von einem zum anderen Betrieb in der Hoffnung auf besseren Verdienst wird durch einen Tarifvertrag stark eingeschränkt. Endlich ist es auch nicht zu verkennen, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern ganzer Verbände ruhiger und sachlicher geführt werden können, als zwischen einem einzelnen Unternehmer und seinen Arbeitern, da hierbei persönliche Mißstimmungen kaum zu vermeiden sind.“ Andererseits hat der Abschluß von Tarifverträgen oder von anderen Vereinbarungen selbstverständlich nur dann einen Zweck, wenn beide Parteien oder Verbände dafür einstehen können, daß ihre Angehörigen die getroffenen Abmachungen auch innehalten.“

Noch mehrere andere preussische Gewerbeverbände äußern sich sympathisch über die Tarifverträge und erklären sich damit auch für starke Gewerkschaften der Arbeiter wie für starke Unternehmerverbände. Insofern ist durchaus ein Fortschritt der preussischen Fabrikinspektion trotz der Ära des langen Möllers als preussischer Handelsminister und der Ära Bülow überhaupt zu konstatieren. Auch hier ist die Macht der Verhältnisse stärker als der arbeiterfeindliche Wille einzelner und des ganzen Systems.

Aus dem Bericht des Internationalen Metallarbeitersekretärs.

Dem schriftlichen Bericht, den Kollege Schlade als Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes an den 6. internationalen Metallarbeiterkongress erstattet hat, entnehmen wir folgendes:

Wenn auch das Statut des Bundes im großen und ganzen die Aufgaben bestimmt und wenn auch in den Diskussionen auf dem Kongress in Amsterdam verschiedene der nächsten Aufgaben näher bezeichnet wurden, so war es bei der Kürze der Zeit doch nicht möglich, im einzelnen näher zu bestimmen, in welcher Weise diese oder jene Frage zunächst behandelt werden sollte. Dies blieb den vom Kongress bestimmten Sekretären überlassen. Für diese war mehr oder weniger die grundlegende Resolution, die auf dem Kongress in Zürich angenommen und auf den späteren Kongressen in London und Paris genauer präzisiert worden war, maßgebend. In der Hauptsache sollte die Aufgabe des Bundes und damit auch des Sekretärs in der Zukunftsteilung und in der Verwertung der Berichte bestehen, die ihm von den einzelnen Landesorganisationen zugesandt werden sollten. Diesen Aufgaben hat der Berichterstatter nach Möglichkeit versucht, gerecht zu werden, er muß aber leider beklagen, was seine Vorgänger Hobson und Bogelsänger in ihren Berichten wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß die Zustandserteilung für den Sekretär mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Die Gründe dafür bestehen hauptsächlich in der Verschiedenartigkeit der Stärke und des damit zusammenhängenden Einflusses der einzelnen Landesorganisationen. Dazu kam im ersten Jahre nach dem Kongress in Amsterdam noch der weitere Umstand, daß trotz der Ablehnung des von Frankreich gestellten Antrags, allerdings in anderer Form, zwei Sekretariate bestanden, und zwar das bisherige unter Leitung von Hobson und dann das neue unter Führung des Kollegen Schlade. Obgleich im allgemeinen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Sekretären daraus nicht entstanden, so wirkte das Bestehen dieser beiden Sekretariate insofern verwirrend, als die Metallarbeiter des Kontinents nicht recht wußten, in welchen Fragen der in Stuttgart und in welchen der in Sheffield domizilierende Sekretär zuständig war. Dies wurde erst anders, als Schlade im August 1905 allein die Leitung der Geschäfte übernahm.

Die Herausgabe der Internationalen Metallarbeiter-Rundschau, die in den Diskussionen auf dem Kongress in Amsterdam mehrfach gewünscht worden ist, wurde allseitig freudig begrüßt und man hätte wohl erwarten dürfen, daß ihr aus den einzelnen Landesorganisationen zahlreiche Mitarbeiter entständen wären. Das ist leider nicht geschehen. Einzelne Landesorganisationen haben trotz der Bemühungen des Sekretärs keine Berichte erstattet, andere haben sich darauf beschränkt, dem Sekretär die gedrucktten Berichte ihrer Organisationen zuzusenden und es ihm überlassen, für die Rundschau Auszüge daraus zu machen. Soweit wie dies ohne Mißverständnisse möglich war, ist es geschehen. Daß nicht mehr gefehlt, liegt nicht an dem Mangel an gutem Willen, sondern vor allen Dingen daran, daß solche Veröffentlichungen große Gewissenhaftigkeit erfordern, weil sie unter Umständen der Organisation, die sie angehen, mehr schaden als nützen können. Zur richtigen Beurteilung und Verwertung solcher Berichte ist auch eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Charaktereigentümlichkeiten der verschiedenen Nationen notwendig. Es wurde versucht, für die Rundschau nur zuverlässiges Material zu verwenden und alles, was nicht einwandfrei erschien, zurückzuweisen. Die Redaktion der internationalen Rundschau ist uneigentlich die Hauptaufgabe des Sekretärs und hat einen großen Teil seiner Zeit in Anspruch genommen.

Die Verleuchtung ist unabhängig vom Bahnstrom, kann jedoch auf diesen angefaßt werden. Die Untergrundbahn ist viergleisig. Die beiden äußeren Gleise werden von der Straßenbahn benützt und haben oberirdische Stromzuführung, während die beiden inneren Gleise dem durchgehenden Schnellverkehr der Hoch- und Untergrundbahn dienen. Die Stromzuführung für die letztere erfolgt durch dritte Schienen, die an Auslegern der Betonpfeiler des Tunnels befestigt sind. Die Hoch- und Untergrundbahnen sind durch eine 170 Meter lange Brücke miteinander verbunden, über die die vier Gleise in zwei verschiedenen Steigungen führen, um die Verbindung mit den Straßenbahn- und den Hochbahngleisen herzustellen. Die größte Steigung beträgt 7,5 Prozent, geringste sichtbare Höhe über der Straße 4,5 Meter, Mindesthöhe der Schienen über der Straße 5,6 Meter.

Zwischen London und St. Thomas (Nordamerika) ist kürzlich die einzige mit Drehstrom betriebene Bahn des amerikanischen Festlandes eröffnet worden. Der Strom wird mit der Spannung von 10000 Volt an die Unterwerke abgegeben, in denen die Spannung auf 1000 Volt herabtransformiert wird. Zwei Fahrdrähte werden verwendet. Die Fahrdrähtwindigkeit beträgt 50 Kilometer in der Stunde. In der Stadt St. Thomas müssen die Wagen über die Straßenbahngleise geführt werden; insofern haben sie neben der Drehstromausrüstung auch die gewöhnliche Gleichstromausrüstung.

Ein interessanter heliographischer Versuch wird demnächst auf Veranlassung mehrerer Kapitäne des Norddeutschen Lloyd's auf dem Feuerschiff „Weser“ angestellt. Man kann oft, auch an Land, die Beobachtung machen, daß sich der Sonnenblitz in Fensterböden spiegelt und dadurch Häuser und dergleichen auf weite Entfernungen bemerkbar macht, was ohne Reflektoren sehr schwierig und manchmal gar unmöglich sein dürfte. Auf diesem Prinzip fußend, soll am Top des Feuerschiffs ein tauglich geschliffener Glaskörper mit einer Menge

Von dem Sekretär wurden auf Verlangen über folgende Gegenstände größere Auskünfte erteilt: über die Arbeitsverhältnisse in der Britannia-Metallfabrikation in Deutschland; über die Stahl- und Schmiedewarenfabrikation in Deutschland und Österreich; über die deutschen Maschinenfabriken, ebenfalls in zwei Fällen; die Drahtziehereien; die Nagelschmieden von Deutschland und England; die Schiffswerften des Kontinents und Amerikas; die Verhältnisse in der Musikinstrumentenbranche; die Arbeitsverhältnisse der Klempner und Eisenkonstruktionsarbeiter in Amerika; die Gold- und Silberarbeiter in Deutschland; das Gegenseitigkeitsverhältnis zu England und Amerika; die Statuten und Reglements der Verbände des Kontinents; die vermeintlichen Ursachen der geringeren Arbeitslosigkeit in Deutschland gegenüber England; die Arbeitsvermittlungszentrale in Deutschland; die Wohnungsverhältnisse der deutschen Metallarbeiter. Diese Auskünfte stellten mitunter mehrere Seiten umfängliche Berichte über Abhandlungen dar und verlangten einen bedeutenden Zeitaufwand, weil sie in zwei Sprachen abgefaßt werden mußten. Ferner wurde noch in 84 Fällen über Werkstattverhältnisse, Adressen, Streiks u. s. w. Auskunft erteilt.

Dem Sekretär gingen mehrfach Beschwerden über mangelhaftes Entgelt kommen zu, die ausländische Arbeiter in England und Amerika bei den Organisationen fanden. In das Ausland gehenden Kameraden der einzelnen Verbände empfanden dies insofern als eine Lücke in den internationalen Vereinbarungen, als ihnen dadurch jede Gelegenheit genommen wird, bei ihrem Aufenthalt im Ausland im Interesse der Organisation zu wirken. In Amerika verlangt man im allgemeinen so hohe Eintrittsgebühren und die Erfüllung einer ganzen Reihe von geheimnisvollen Zeremonien, daß der Eintritt des Ausländers so gut wie ausgeschlossen erscheint. In England werden in vielen Organisationen Ausländer überhaupt nicht aufgenommen, es sei denn, daß sie in einer Vereinswerkstätte arbeiten und die von der Gewerkschaft vereinbarten Löhne verdienen. In sehr vielen Fällen wird auch Wert auf den beruflichen Bildungsgang des Betreffenden gelegt, und es muß von ihm erst der Nachweis erbracht werden, daß er eine ganz bestimmte Lehrzeit durchgemacht hat und ausgebildeter Handwerker ist. Bei der verschiedenartigen technischen Entwicklung Amerikas, Englands und Deutschlands beispielsweise sind auch die Methoden der beruflichen Ausbildung sehr verschieden und es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Ausbildungsmethode in einem Lande ohne weiteres für jedes andere gilt. Der Bericht weist nach, daß mit solchen Umständen unbedingt ausgeräumt werden muß. Zu diesem Zwecke schlug der Sekretär zunächst den englischen Organisationen die Schaffung eines besseren Gegenseitigkeitsverhältnisses auf folgender Grundlage vor: 1. Mitglieder einer ausländischen Organisation können bei ihrem Aufenthalt in England zu der für ihren Beruf in Betracht kommenden englischen Organisation übertreten, wenn sie sich durch einen Ausweis des Internationalen Metallarbeiter-Bundes als Mitglieder einer ausgeschlossenen Organisation legitimieren und sich verpflichten, zu den von der betreffenden Arbeiterorganisation, zu der sie übertritten wollen, genehmigten Arbeitsbedingungen zu arbeiten. 2. Der Übertritt erfolgt kostenlos unter Berücksichtigung der in der bisherigen Organisation erworbenen Rechte in der Weise, daß die übertretenden Mitglieder, sofern ihre bisherige Organisation ähnliche Unterstützungsrichtungen wie die englische Organisation hat und das Mitglied nach der Dauer seiner Mitgliedschaft Anspruch darauf erheben könnte, dann Arbeitslosen, Kranken- und Streikunterstützung gewährt wird, daß sie aber keinen Anspruch auf Alters- oder Invalidenunterstützung haben. Im Anspruch auf letztere Unterstützung erheben zu können, hat es die im englischen Verband geltende Wartezeit zu absolvieren. 3. Die englische Organisation verpflichtet sich, dem Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes eine Übersicht der von ihr mit den Unternehmern vereinbarten Arbeitsbedingungen zu überreichen, damit der Sekretär etwa nach England kommende Arbeiter über die dortigen Arbeitsverhältnisse informieren kann. Etwaige Änderungen in dem Arbeitsverhältnis sind dem Sekretär in gleicher Weise mitzuteilen. 4. Übergetretene Mitglieder, die sich ihrem Versprechen gegenüber Verbände gegen die von der englischen Organisation getroffenen Vereinbarungen mit den Unternehmern zushanden kommen lassen, können aus der englischen Organisation ausgeschlossen werden und verwirken dadurch zugleich ihre Mitgliedschaft in irgend einer anderen, dem Internationalen Metallarbeiter-Bund angehörenden Organisation. 5. Der Übertritt von einer Organisation in die andere kann verweigert werden, wenn das betreffende Mitglied nach einem Orte zureist, wo Streiks oder sonstige Schwierigkeiten bestehen, und wenn es den Leistungen der betreffenden Unionsfunktionäre nicht Folge leistet. 6. Der Übertritt von Mitgliedern der englischen Organisation zu einer ausländischen Organisation beim Aufenthalt im Ausland erfolgt unter den gleichen Voraussetzungen.

Seider war es nicht möglich, auf dieser Grundlage eine Verbandsänderung zu erzielen. Im demselben Sinne wendete der Sekretär sich an die amerikanischen Verbände. Einige von diesen, unter anderen die International Association of Machinists, teilte mit, daß sie die Aufnahme einschickende Bedingungen an Ausländer nicht stelle. Die meisten ließen jedoch gar nichts von sich hören. Die Gleichgültigkeit der amerikanischen und eines Teiles der englischen Organisationen gegen die Bestrebungen des Internationalen Metallarbeiter-Bundes veranlaßte den Sekretär zu reger Agitation. Er wandte sich mehrfach mit Zirkularen, Einladungen, Beitrittseinträgen, mit für die betreffenden Länder wichtigen Nummern der Internationalen Metallarbeiter-Rundschau an 27 amerikanische und 20 englische Metallarbeiterorganisationen, ohne jedoch ein positives Resultat zu erzielen, obwohl einige amerikanische Verbände in ihrem Namen die hohe Bezeichnung „International“ führten. Einzelne antworteten, daß sie diese Druckschriften und Einladungen erhalten hätten, daß sie in ihrer nächsten Komiteesitzung dazu Stellung nehmen und dem Bunde dann Mitteilung zugehen lassen würden. Keiner hat aber etwas von sich hören lassen. Nicht viel anders verhält es sich mit den Organisationen in den lateinischen Ländern. In Italien blieben die mehrfach angelegten Versuche ergebnislos, in Spanien und Portugal waren Adressen überhaupt nicht zu erlangen. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, diese Bemühungen weiterhin fortzuführen.

ebener Flächen angebracht werden. Der Apparat ist sehr einfach gebaut. Er besteht aus einem Rahmengestell von etwa zwei Fuß Durchmesser. In dieses Rahmengestell werden ebene Spiegelflächen mit Quecksilberbelag eingesetzt, indem es dem Zufall überlassen bleibt, daß der Sonnenstrahl eine Spiegelfläche trifft. Der Apparat wird dann bei niedrigem Nebel auf viele Meilen als Heliograph wirken und das Aufstehen des Feuerschiffs sehr erleichtern. Falls sich der Apparat bewährt, soll er weitere Verwendung finden.

Die größten Wasserhaltungsanlagen werden bekanntlich in Bergwerken gebraucht, um die mächtigen Wasserzufüsse unter Tag zu bewältigen, und es ist deshalb eine gute Wasserhaltung eine Lebensfrage für eine Grube. In der letzten Zeit hat man auf diesem Gebiet neue Erfahrungen gemacht, indem statt der bisher gebräuchlichen Dampfmaschinen elektrisch angetriebene Hochdruck-Zentrifugalpumpen zur Verwendung kommen. Diese Wandlung ist erst möglich geworden, seitdem es gelungen ist, Zentrifugalpumpen für Förderhöhen von mehreren hundert Metern zu bauen. Diese elektrisch angetriebenen Hochdruck-Zentrifugalpumpen haben neben vielen Vorteilen vor allen Dingen, daß sie wenig Raum beanspruchen und durch den elektrischen Betrieb bedeutend betriebssicherer arbeiten. Ginzp kommt noch der Wegfall jeder Dampfheizung, die durch elektrische Leitung ersetzt wird. Auf der Grubenverwaltung Carlshof bei Tarnowitz ist eine solche Wasserhaltung, wohl eine der größten, die je ausgeführt sind, gebaut. Die dort montierte Hochdruck-Zentrifugalpumpe leistet bei einer manometrischen Förderhöhe von 315 Metern 10 Kubikmeterstunden. Zum Antrieb ist ein Drehstrommotor von 950 Pferdestärkenleistung bei 2000 Volt Spannung erforderlich. Die Anlage ist von der Firma Brown, Boveri & Co. in Mannheim in Baden gebaut.

Ein mit „Arclep“ bezeichnetes Schalterwerk für Hellmabeleuchtung wird von der Firma Hans Hennig in Berlin hergestellt. Es dient zum selbsttätigen, zeitweisen Ein- und Ausschalten

In der abgelaufenen Geschäftsperiode ist die Stärkung des Bundes in der Hauptsache durch das Wachstum der Mitgliederzahlen in den schon vorhandenen Organisationen erzielt worden. Sehr im argen liegt aber die Berichterstattung über die Mitgliederzahlen bei den englischen und den französischen Organisationen. Bei diesen Organisationen mußten rund aus den geleisteten Beiträgen berechnet werden mit Ausnahme der Organisationen, die direkt Bericht erstatten oder ihre Berichte überhandt haben, wie die Amalgamated Society of Engineers, die National Society of Amalgamated Brass Workers and Metal Mechanics, die Society of Amalgamated Toolmakers and die British Steelmelters. Bei anderen Gewerkschaften Großbritanniens mußten die Mitgliederzahlen aus den Zusammenstellungen des Board of Trade entnommen werden.

Neu angeschlossenen haben sich dem Bunde die Fédération Française de la Bijouterie-Orfèvrerie et des Professions s'y rattachant in Paris mit 1600 Mitgliedern, der Serbische Metallarbeiter-Verband in Belgrad mit 800, der Bulgarische Verein der Metallarbeiter von Sofia (Bulgarien) mit 250 Mitgliedern und der Brotherhood of Silverworkers of New York mit 2000 Mitgliedern. Zum Anschluß hat sich in letzter Stunde die National Affiliation of Goldsmiths, Jewellers, Silversmiths, Electro Plate and Britannia Metal Workers of Great Britain mit 400 Mitgliedern bereit erklärt. Ausgetreten ist am Schluß des Jahres 1906 der Verband der Silversmiths and Electro Plate Operatives Mutual Aid and Protection Society (Birmingham and London) mit 410 Mitgliedern. In Korrespondenz steht der Internationale Metallarbeiter-Bund mit dem Russischen Metallarbeiter-Verband in Petersburg und mit dem Finnischen Metallarbeiter-Verband in Helsinki. Ein Beitritt dieser Vereinigungen zum Bunde hat noch nicht erfolgen können, weil sie durch die inneren Kämpfe im russischen Reich mit sich selbst so viel zu tun haben, daß sie für ausländische Aufgaben keine Zeit aufwenden können. Es ist aber zu hoffen, daß nach Eintritt geordneter Verhältnisse in Rußland auch die Schaffung einer Einheitsorganisation dafelbst möglich und dadurch der Anschluß an den Bund gesichert sein wird.

Der Verkehr mit den Organisationen der verschiedenen Länder gestaltete sich ziemlich lebhaft und blieb nicht nur auf den Briefwechsel beschränkt. Es wurde vom Sekretär die Kongresse der Fédération des Ouvriers Métallurgistes de France und des Zentralverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns besucht. Bei der Abwesenheit ausländischer Delegierter auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1905 wurden mit dem damaligen Bundessekretär Hobson verschiedene internationale Fragen und außerdem die Stellung zu Unterstützungen bei Streiks und Ausperrungen erörtert. Es wurde durch diese — wenn auch unverbindliche — Aussprache festgestellt, daß insofern Einheitspolitik in der Auffassung vorhanden war, als man Streikunterstützung nur in den Fällen durch den Bund und die dem Bunde angeschlossenen Organisationen gewähren wollte, wo die beteiligten Organisationen trotz eigener Bemühungen, den Kampf aus eigenen Mitteln zu führen, sich als zu schwach erwiesen. Der Aufruf des Sekretärs für die ausgesperrten schwedischen Eisenarbeiter hatte nur geringen Erfolg, weil ein Teil der Organisationen des Kontinents mit eigenen Kämpfen sehr stark in Anspruch genommen war, ein anderer Teil seine Unterstützung direkt an den Svenska Järn- och Metallarbetare-Förbund sandte und außerdem die skandinavischen Organisationen unter sich einen Vertrag hatten, nach dem sie ohne weiteres zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet sind. Bei dem Sekretär gingen im ganzen nur 120 Mk. ein. Den französischen Metallarbeitern, die nach dem 1. Mai 1906 ausgesperrt worden waren, wurden 11797 Mk. überwiesen.

Zu den weiteren Aufgaben des Bundessekretärs gehörte die Überwachung der Verwendung der vom Kongress in Amsterdam an die Metallarbeiterorganisation in Holland bewilligten Unterstützung von 1000 Mk. Der Bericht enthält die Feststellung, daß der Betrag nicht an Unwürdige gegeben und nur für Propagandazwecke verwendet worden ist. Er hat dazu beigetragen, daß die Organisation in Holland im ersten Schritt nachdenklich begriffen ist. Der Allgemeine Metallarbeiterverband zählte damals kaum 600 Mitglieder und hat sich heute bis über 1400 hinaufgearbeitet. An Stelle der damals vorherrschenden anarchistisch-föderalistischen Richtung ist die zentralistische Richtung getreten und dem Vorherrschen dieser sind in der Organisation die verschiedenen Fortschritte zu verdanken. Einer Anregung der Solinger Stahlwarenarbeiter auf Abhaltung eines internationalen Berufs-kongresses konnte keine Folge gegeben werden, weil die englischen Berufskollegen nicht darauf eingingen. Eine ähnliche Anregung ist in letzter Zeit von den deutschen Gold- und Silberarbeitern ausgegangen und darauf zurückzuführen, daß bei ihren letzten Tarifbewegungen von den Unternehmern die ausländische Konkurrenz, namentlich Frankreichs, Österreichs und vor allem Italiens ins Feld geführt wurde. Auch der Einberufung einer solchen Konferenz steht große Schwierigkeiten im Wege, weil der Internationale Metallarbeiter-Bund bisher noch nicht mit Italien die so wünschenswerte Fühlung hat bekommen können. Zunächst wurde eine Umfrage über die Arbeitsverhältnisse in der Branche veranstaltet.

Eine sehr wichtige Aufgabe für den Sekretär ist das genaue Studium der Arbeiter- und Produktionsverhältnisse anderer Länder durch Informationsreisen. Solche haben jedoch wegen der sprachlichen Schwierigkeiten noch nicht ausgeführt werden können. Sie werden jedoch für die Zukunft ins Auge gefaßt werden müssen. Aus diesem Grunde war auf dem Amsterdamer Kongress von der deutschen Abteilung beantragt worden, den Beitrag auf 4 Mk. für jedes Mitglied zu erhöhen. Dieser Antrag wurde aus Rücksicht auf die englischen Delegierten einer Urabstimmung unter den Organisationen überwiesen. Diese ergab die Ablehnung des Antrags mit 24271 gegen 47000 Mitgliederstimmen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen 162000 Mitgliederstimmen enthielt sich dabei der Abstimmung. Von ausländischen Vertretern wurde die Hilfe des Bundessekretärs bei Reisen in Deutschland wiederholt in Anspruch genommen.

Die Bücher des Bundes umfaßt mit Einschluß von elf Bänden Wörterbücher 118 Bände. Der Posten des Bundessekretärs ist bisher

beziehungsweise Umfalten elektrischer Ströme für Reklambeleuchtung. Der Apparat besteht aus einem Solenoid, das beim Einschalten der Zuleitung in Tätigkeit tritt und durch den ausliegenden Eisenkern einen Beleuchtungsschalter einschaltet und gleichzeitig ein Uhrwerk aufzieht. Nach kurzem Zeitraum löst das Uhrwerk den Beleuchtungsschalter aus und nach einem weiteren Zeitraum schaltet das Uhrwerk das Solenoid wieder ein. Der Vorgang wiederholt sich fortlaufend. Die Zeidauer für Hell- wie für Dunkelhaltung läßt sich in den Grenzen von zehn Sekunden bis einer Minute beliebig verändern.

Ein Patent auf einen neuen Drehstuhl ist der Gesellschaft zur Verwertung Wesellmannscher Erfindungen erteilt worden. Der Drehstuhl mit in sich geschlossener Schneidantenne und innerer Schneidfläche ist hoch gestaltet. Infolgedessen kann er von einem Behälter mit Rühr- oder Schmirrflüssigkeit versehen und leicht nachgeschliffen werden.

Mitteilungen über die von der Società per la Trazione Elettrica, Mailand, gebauten und betriebenen gleislosen Bahnen macht die Electrical World. Die Stromabnahme geschieht von zwei parallel geführten Trüchten durch einen kleinen vieradrigen Kontaktwagen und einen in einem Stützgerüst am Wagendach befestigten Ausleger. Die höchstmögliche Ausweitung von Mitte Fahrleitung beträgt beiderseitig 2,5 Meter. Die gleislosen elektrischen Annahmestellen werden 30 bis 40 Prozent leichter als die Benzinwagen, sie sind, wie die Erprobungen in Oberitalien ergeben haben, dann wirtschaftlicher als diese, wenn täglich mehr als drei Hin- und Rückfahrten zu machen sind. Versuche anlässlich der Mailänder Ausstellung haben den Arbeitsverbrauch eines 18-jährigen gleislosen Annahmestellen bei 85 Kilometer in der Stunde Geschwindigkeit zu 0,058 Kilowattstundenkilometer auf guter und 0,116 Kilowattstundenkilometer auf schlechter Straße ergeben.

nicht befolgt worden. Dagegen wurde eine Hilfskraft für den...

In der Abrechnung des früheren Sekretärs Hobson ist eine...

Spitzbubentaktik.

Der Hirsch-Dundersche Verrat in Bismarck.

Im Kopfbild des Reichslügenverbandes, dem Regulator, bemüht...

Wenn in dem Artikel zu lesen ist, Wolf habe immer zur Mäßigung...

Die Vertreter nahmen Stellung, die Kommission verhandelte...

Hier nahm nun der Wolf eine Stellung ein, trotzdem auch...

Der Kollege Hunger vom Deutschen Metallarbeiter-Verband...

Die versprochene Regelung wurde am Montag darauf...

Am Sonntag des Verräters- und Spitzbubentaktik des Wolf...

In der Donnerstagversammlung am 30. Mai wurde nun eine...

jedenfalls in dem guten Glauben, daß dann auch die Metallarbeiter...

Im dem Streit intensiver durchzuführen, wurde beschloffen, die...

Sicheres, bewußtes und energisches Auftreten und volle...

Der Gewerksverein ist wieder einmal gekennzeichnet. Für Führer...

Vom Schwarzwalde.

Schwenningen, den 12. August 1907.

Am Samstag den 10. August hatte sich die Metallarbeiter-Vereinigung...

Die Kollege Lauterbach erinnerte zunächst an das bekannte Diktum...

Ein besonderes Kapitel wurde den Herren Vertretern der Fabrikanten...

versprochen, in der öffentlichen Versammlung die Angelegenheit zur...

Die Versammlung befandte durch großen Beifall ihr Einverständnis...

In seinem Schlußwort geistelte Kollege Lauterbach dieses heimtückische...

Die Versammlung erblickt in diesen Machinationen nichts anderes...

Gerade der von den Unternehmern der Metallindustrie betriebene...

Als allen diesen Gründen erklären die Versammelten nur den...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen...

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß seit 1. Juli d. J. Bescheidungen...

Angegeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Chemnitz: Der Bohrer Heinrich Kästner...

Nicht wieder angenommen werden darf:

- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Wülheim a. Rh.: Der Former Johann Rötters...

Gestohlen wurde:

Das Mitgliedsbuch Lit. A. Buch-Nr. 19222 des Feilenhauers Josef Hermann Winkler...

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erschienenen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenberg:

Der Eisenbrecher Hermann Ristau, geb. am 18. Dezember 1858 zu Borge, Buch-Nr. 286968, wegen Betrugs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln:

Der Goldschläger Heinrich Böhrer, geb. am 30. Aug. 1855 zu Nürnberg, eingetretten am 2. Mai 1900 in Dresden, Buch-Nr. 2, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rentlingen:

Der Schlosser Max Ott, geb. am 13. September 1883 zu Rottenburg, Buch-Nr. 741897, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reichenthal: Der Schlosser Christian Bauer, geb. am 8. Oktober 1870 zu Neustadt, Buch-Nr. 920519, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Suhl:

Der Schlosser Eduard Reiff, geb. am 17. April 1877 in Offen, Lit. A. Buch-Nr. 58615, wegen Schwindel.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schöncunfurt:

Der Schlosser Max Schäfer, geb. am 17. April 1871 zu Dresden, Buch-Nr. 121393, wegen Verzug und Unterschlagung.

Auf Antrag der Bezirksleitung im 6. Bezirk:

Der Former Fritz Heitkamp, geb. am 14. Juli 1888 in Oldenburg, Buch-Nr. 145608, wegen Schwindel.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

von Drahtarbeitern, Kadlern, Spinnern, Webern und Hilfsarbeitern nach Berlin St.; nach Chemnitz (M. Argo) Mi.; von Drahtziehern nach Mannheim D.; von Dreheru, Fräsern, Hoblern und Bohreru

nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; von Elektromonteuru nach Basel L.; von Feilenarbeitern nach Leipzig L.; nach sämtlichen Saarstädten L.; von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Barmen (Häger, Baresch) St.; nach Brugg i. Aargau (Müller & Co.) St.; nach Dresden (Hartigswert vorm. Kühne) St.; nach Essen a. Ruhr (Maschinenfabrik Union) Mi.; nach Greiz i. V. (Viktor Strauß & Marie) W.; nach Kettwig a. d. R. (Gehr. Ruhmann) D.; nach Mühlhausen i. Th. (Eisenwerk Thuringia) St.; nach Mülhausen, Sulz u. Masamünster i. Elb. (Wogt & Co.) Mi.; nach Neustadt a. H. (Eversbusch) D.; nach Ravensburg (Poner) D.; nach Schmöln (Maschinenfabrik P. Sölbe) D.;

von Gürtlern, Metallbrückern, Schleifern und Metallformern nach Erfurt, L. und Mi.; nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; von Kesselschmiedern, Blechschweißern und Schmiedern nach Mannheim (Schiffs- und Maschinenbau-Alt.-Ges.) St.;

von Klempnern, Glaslern, Spenglern und Installateuren nach Bremerhaven, Geseffmünde und Lehe St.; nach G. u. Schweiz L.; nach Darmstadt St.; nach Dortmund St.; nach Düsseldorf St.; nach Eberswalde L.; nach Essen a. Ruhr, v. St.; nach Gelsenkirchen St.; nach Herne i. Westf. St.; nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; nach Magdeburg St.; nach Minden i. Westfalen L.; nach Zürich;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Augsburg (Motorfahrzeugfabrik Heine & Weiß, Oberhausen) M.; nach Barmen-Eberfeld M.; nach Chatarineholm (Norwegen) St.; nach Darmstadt (Maschinenfabrik G. Göbel) St.; nach Forst (F. Schmidt) M.; nach Frelstedt in Braunschweig (Norddeutsche Zuckerraffinerie) Mi.; nach G. u. S. (Sijer & Cie.) D.; nach Herfai i. Belgien (Firma National d'Armes de guerre) St.; nach Kaiserslautern (Fr. Schimmelbusch, Kesselschmiede) St.; (Pfälzische Metallwarenfabrik) D.; nach Kassel (Eisenmöbelfabrik Schmidt & Reer) St.; nach Luxemburg (Eisenmöbelfabrik Verl & Co.) St.; nach Mülhausen i. Thüringen (Walter & Co., Maschinenfabrik) M.; nach Neumarkt i. Pf. (Dreppfahradwerke) St.; nach Oberhausen (siehe Augsburg); nach Offenbach a. M. (Friedenhagen) St.; nach Schladen a. H. (Maschinenfabrik Dippe) St.; nach Schweinfurt (Schäfer) M.; nach Schwenningen St.; nach Solingen: nach Straßburg i. E. (Dürr & Co.) St.; nach Wismar (Waggonfabrik) St.;

von Schleifern und Polierern nach Kaiserslautern (Pfälzische Metallwarenfabrik) D.; nach Salzburg;

von Schlossern nach Dortmund (Louis Heymer) M.; nach Frankfurt a. M. St. M.; nach Hannover St.; nach Mannheim (Firma Lang) D.; nach Wiesbaden L.;

von Silberarbeitern nach Hanau a. Main; nach Mainz (Firma Knewitz) D.;

von Spenglern, Metallbrückern, Schleifern und Arbeiterinnen nach Ulm (Industriewerke) M.;

von Uhrarbeitern nach Lengfisch und Schwenningen L.;

von Ziseleuren nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ermahnt, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Nürnberg. Schon des öfteren haben wir an dieser Stelle die Kollegen auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht. Aber trotzdem lassen sich immer wieder Kollegen hinziehen von Verprechungen einzelner Herren, ohne sich vorher auf dem hiesigen Arbeitsnachweis zu erkundigen. Wir ersuchen alle Kollegen, bei Inseraten in anderen Blättern, besonders in Meißer und Feile, sehr vorsichtig zu sein. Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Verbandsbureau, nordere Kirchhofgasse 12, wo auch das Lokalgeschäft ansbehalten wird.

Former.

Marxstadt. Die Firma Heinrich Birzel sucht für ihre Eisengießerei aus allen Himmelsrichtungen Former heranzuziehen. Es werden alle möglichen Versprechungen gemacht, wie Bezahlung von Unzulagekosten etc. Nun erst ein Arbeiter mit Familie hier, dann wird ihm der Stachel gezeigt. Hat ein Former Ausschuß, wird ihm außer dem Abzug auch der Ehrentitel „Muffler“ zuteil. Die Einrichtung der Gießerei läßt viel zu wünschen übrig. Die Organisation liegt dem Herrn Direktor und dem Meister schwer im Magen, sie sind aber zu schwach, sie zu beseitigen. Kollegen, haltet treu zusammen und tretet denen entgegen, die unseren Fortschritt hemmen wollen.

Klempner.

Nachen. Wie aus der Tagespresse zu ersehen, ist der Streik der Klempner und Installateure in Düsseldorf zugunsten der dortigen Kollegen beendet worden. Was mögen dazu wohl die Nachener Kollegen sagen? Werden sie sich noch erinnern, daß sie vor zwei Jahren in eine Lohnbewegung eintraten und versuchten, die hiesigen schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern? Werden sie nach dem Erfolg ihrer Düsseldorf-Kollegen in sich gehen und die Frage, wodurch denn eigentlich die Bewegung damals hier so kläglich verlaufen, diskutieren? Nach der Interesselosigkeit, die die Kollegen in betreff des Arbeitsverhältnisses an den Tag legen, ist wohl nicht daran zu denken, daß sie durch die Fortschritte an anderen Orten ermutigt und in Kampfesstimmung versetzt werden. Der Nachener Klempner und Installateur ist schon zufrieden, wenn alles das, was die Unternehmer am Schluß des Streiks versprochen, auf dem Papier steht. Um es in die Praxis umzusetzen, haben die Gesellen bis jetzt noch keinen Versuch gemacht. Sind hier die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den allermeisten Betrieben nicht noch gerade so erbärmlich wie vor dem Streik? Ist die Behandlung eine bessere geworden? Werden die Zugeständnisse von damals innegehalten? Mit nichten! Wie früher herrscht in den meisten Wäden noch die Willkür, alles pfeift nach dem Takte der Meister, auch nicht ein einziger Punkt, der in dem damals angenommenen Arbeitsvertrag festgelegt wurde, ist von den Meistern eingehalten worden. Die Arbeitszeit und die Pausen lassen zu wünschen übrig. Die Bezahlung der Überzeit- und Sonntagsarbeit erfolgt in sehr vielen Fällen nicht nach den Abmachungen. Der Lohn für Gesellen nach beendeter Lehrzeit wird nicht, wie festgelegt, bezahlt. Punkt 5 des Arbeitsvertrags bestimmt, daß die Bezahlung der Schmutz-, Turm- und Bergwerksarbeiten der freien Vereinbarung unterliegen sollen. Bei Festlegung dieses Punktes wurde doch daran gedacht, daß derartige Arbeiten bedeutend besser bezahlt werden sollen als andere. Das Gegenteil trifft in den meisten Fällen zu. Ist es nicht ein Skandal, das Ausprobieren der Turmblickarbeiter (eine Arbeit, die den Zuschauer ganz nervös macht) mit 2,50 bis 3 Mk. pro Tag zu entlohnen? Wie uns mitgeteilt wurde, verwendet die hier in Frage kommende Firma sogar Lehrklinge zu derartigen Kirchturmarbeiten. Wäre es da nicht am Platze, wenn der Gesellenausschuß, der doch nach den Paragraphen des Gesetzes die Aufgabe hat, in die Verhältnisse zwischen „Arbeiter“ und „Arbeitnehmer“ vermittelnd einzugreifen, versuchen würde, einen derartigen frivolen Zustand abzustellen? Oder glaubt etwa der Gesellenausschuß, daß mit Schluß des Wahlaktes für ihn alle seine Verpflichtungen erledigt seien? Anstatt ab und zu eine öffentliche Versammlung einzuberufen, wo die Gesellen sich über die bestehenden Mißstände äußern könnten, hält es dieser Ausschuß für angebracht, die Gesellen über alles im Unklaren zu lassen. Wie uns berichtet wird, hat die Innung den Meister der „Arbeitnehmer“ im Prüfungsausschuß selbst bestimmt, obschon diese Stelle nur durch Wahl des Gesellenausschusses zu besetzen war. Was sagt dieser dazu? Wäre es nicht Pflicht des Gesellenausschusses gewesen, nach Neujahr mit den Gesellen in Verhandlung zu treten und zu untersuchen, ob diese gewillt wären, unter dem bis zum 1. Mai dieses Jahres gültigen Arbeitsvertrag noch länger zu arbeiten? War es nicht seine Aufgabe, die in den zwei Jahren gesammelten Erfahrungen der Kollegen zu unterbreiten und mit deren Hilfe Mittel und Wege zu suchen, alle die Mißstände zu beseitigen? Haben die Meister einerseits ihr Möglichstes getan, sich um die Vereinbarungen herumzudrücken, so ist es andererseits der Gesellenausschuß, der seine Pflicht und Schuldigkeit in größlicher Weise vernachlässigt hat. Andererseits sind es aber auch die Gesellen selber, die durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, daß beide Faktoren ihre Pflichten verfehlen konnten. Wollen die Gesellen ihre Lage verbessern und beweisen, daß der Kampf nicht umsonst geführt wurde, sollen Verhältnisse hier am Orte hergestellt werden, die sich mit denen der übrigen rheinischen Städte vergleichen lassen, dann ist es zuerst notwendig, daß sich alle Klempner und Installateure einer starken Organisation anschließen, einer Organisation, die kraft ihrer Mitgliederzahl und der notwendigen Kampfmittel in der Lage ist, die Interessen der hiesigen Berufskollegen mit Nachdruck vertreten zu können. Eine solche Organisation ist nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der durch sein zielbewußtes und energisches Vorgehen, trotz aller Anfeindungen von rechts und links, die Interessen seiner Mitglieder und der ganzen Kollegschaft mit Energie vertritt. Sollen die Verhältnisse hier besser gestaltet werden, so muß die Parole sein: Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Düsseldorf. Der Streik der hiesigen Kollegen wurde nach dreiwöchiger Dauer beendet. Die getroffenen Vereinbarungen mit der Innung bedeuten einen Teilerfolg, mit dem unsere Kollegen vorläufig zufrieden sein können. Es gelang nicht, einen Tarif abzuschließen. Der Verband westdeutscher Klempnermeister und Installateure hat vor zwei Jahren den Beschluß gefaßt, keine Tarife abzuschließen. Die Herren wissen allerdings, daß dieser Beschluß auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist, auch bestehen ja in einigen Städten Rheinland-Westfalens bereits Tarife. Aber die Scharfmacher im Blechgewerbe sagen: wir schließen erst dann Tarife ab, wenn wir dazu gezwungen sind. In Düsseldorf sind sie nun so halb und halb dazu gezwungen gewesen. Die Vereinbarungen sind getroffen worden unter dem Titel „Arbeitsordnung“. In dieser Arbeitsordnung steht aber mancherlei, was auch in einem „Tarif“ stehen kann. Wir lassen die wichtigsten Bestimmungen folgen: § 1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden (bisher 10 Stunden). Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit wird Samstag um eine Stunde gekürzt, ohne jeden Lohnabzug. Die Lohnzahlung beginnt Samstag um 6 1/2 Uhr und muß um 7 Uhr beendet sein. § 2. Überstunden. Als Überstunde gilt die Zeit von 7 bis 10 Uhr abends und von 5 bis 7 Uhr morgens und werden diese Stunden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird ohne Wespertaupe und bei voller Lohnzahlung bis 5 Uhr gearbeitet. § 3. Lohn. Der Lohn wird mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit im Klempner- und Installateurgewerbe nach Leistung bezahlt. Im ersten Jahre nach beendeter Lehre bleibt derselbe der freien Vereinbarung überlassen. Als danach übliche Löhne sollen in Düsseldorf 40 bis 50 Pf. gelten, für besonders leistungsfähige Gesellen 55 bis 59 Pf. Sämtliche Gesellen erhalten eine Lohnzulage von 4 Pf. die Stunde. Als maßgebend für die Erhöhung sind die am 1. Juli 1907 bezahlten Löhne. § 4. Für besonders schmutzige Arbeiten wird ein Zuschlag bezahlt, nämlich für Klosettreinigen 50 Pf. Kanaltreinigen, wenn der Kanal aufgedröht werden muß, 1 Mk. Zulage pro Tag. § 5. Auswärtige Arbeiten. Bei auswärtiger Arbeit, bei denen Übernachtungen erforderlich sind, wird eine Montageszulage von 2,50 Mk. pro Tag bezahlt, wenn die Montage nicht länger als eine Woche dauert. Ist länger dauernd, beträgt die Zulage 2 Mk. pro Tag. Sonntage eingerechnet. Jeder Tag gilt als einfache Arbeitszeit. Bei Arbeiten außerhalb der Stadtgrenze, bei denen die Rückkehr abends erfolgt, wird entweder Fahrgehalt oder eine Vergütung von 60 Pf. für die Wirtshauspausse bezahlt. Die übrigen Bestimmungen betreffen die Regelung der Schutzvorrichtungen, Werkzeuge etc. — Diese Zugeständnisse lassen in manchen Punkten zu wünschen übrig. Namentlich die Montageszulage ist für die heutigen Verhältnisse zu niedrig. Es wird Aufgabe der Kollegen sein, durch Ausbau ihrer Organisation das jetzt nicht Erreichte später nachzuholen. Im übrigen bedeuten die Erfolge auf dem Ge-

biet der Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung einen wesentlichen Fortschritt gegen das bisherige Verhältnis. Durch den verloren gegangenen Streik im Jahre 1900 war das Vertrauen zur Organisation in den Kollegenkreisen stark herabgemindert worden. Die Organisation war denn auch bei diesem Lohnkampf keineswegs so, wie die Situation das erforderte. Andererseits sind heute die Unternehmer in diesem Gewerkschaftsgebiet verhältnismäßig gut organisiert und setzen den Bestrebungen der Arbeiter einen schroffen Widerstand entgegen. Das Organ der Arbeitgeberorganisation, die Klempner- und Installateur-Zeitung, meinte in größter Selbstüberhebung, der Deutsche Metallarbeiter-Verband heiße auf Granit, wenn er die Herren vom Klempnerhandwerk angreife. Der Granit ist ja nun so hart nicht. Den Anspruch auf Granitfestigkeit macht heute selbst der Zentralverband deutscher Metallindustrieller nicht mehr, derartige Kindereien überläßt er den Innungsstratagern. Der Redakteur der Klempner- und Installateur-Zeitung ist Herr Derlien, ein Scharfmacher eminiant aus Hamburg, der in Hamburg mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband böse Erfahrungen gemacht hat. Herr Derlien sollte in seiner Zeitung nicht einen so gehässigen Ton anschlagen gegen die Arbeiter, sonst könnten diese mit gleicher Münze heimzahlen und die Vorgänge vom Hamburger Klempnerstreik 1902 in Erinnerung bringen, wo Herr Derlien Obermeister war und ihm verschiedene bedeutungsvolle Abbittongsfehler unterliefen. Die Scharfmacherei hat in Hamburg Schiffergasse gelitten, das wird auch in Rheinland und Westfalen eintreten. Herr Derlien spricht in seinem Blatte von „bezahlter Hege“. Das ist allerdings stark von einem Wanne, der heute selbst als angestellter Sekretär der Unternehmerorganisation ein „bezahlter Hege“ ist und besser bezahlt wird, als die „Hege“ der Arbeiter. Erwähnen müssen wir noch, daß der Arbeitgeberverband auf die Klempnermeister, die bewilligt hatten, die Materialsperrre in Anwendung brachte, und zwar mit Erfolg. Man wird bei Klempnerstreiks in Zukunft mit diesem Kampfmittel der Unternehmer zu rechnen haben. Allerdings haben wir in Düsseldorf die Beobachtung gemacht, daß durch die Materialsperrre die Situation lediglich geflärt wurde. In den ersten Tagen hatten einige Firmen bewilligt, die am meisten im Druck saßen. Diese mußten die Bewilligung zurückziehen, weil ihnen das Material gesperret wurde. Naturgemäß wurde aber dadurch die Gesamtsituation für die Arbeiter günstiger, weil diese Firmen das größte Interesse an der Beilegung des Streiks hatten und in diesem Sinne ihren Einfluß geltend machten. Alles in allem: unsere Kollegen werden in Zukunft mit einem größeren Widerstand bei ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lage zu rechnen haben. Dergemäß muß die Organisation ausgebaut werden, dann wird der Widerstand der Unternehmer bestimmt gebrochen werden. — Der Zugang ist vorläufig noch streng fernzuhalten, da eine Anzahl Kollegen noch arbeitslos sind.

Gelsenkirchen. Der Streik der Klempner dauert unverändert fort; Zugang ist deshalb noch fernzuhalten.

Blauen i. W. Die hiesigen Klempnergehilfen haben wohl mit unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden. Nachdem die zehnjährige Arbeitszeit im Baugewerbe seit dem 1. April dieses Jahres eingeführt ist, glaubten auch unsere Innungsmeister in einer Versammlung mit der Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit sich befassen zu müssen. Unseres Wissens haben in dieser Versammlung die Herren Meister es unterlassen, etwas bestimmtes festzusetzen, wohl deshalb, weil man fürchtete, den jetzigen niederen Stundenlohn von 24 bis 48 Pf. um ein paar Pfennige erhöhen zu müssen. Man wurde nach vielem Gerede schließlich dahin einig, es jedem Meister zu überlassen, sich mit seinen Gesellen zu einigen. So besteht denn heute noch in den meisten Werkstätten die 10 1/2 bis 11 1/2 stündige Arbeitszeit, nur einzelne Meister haben den zehnjährigen Tag eingeführt. Die Sonntags- und Überstundenarbeit steht in höchster Blüte, da es den meisten hiesigen Gehilfen nur dadurch möglich ist, sich auf dem teuren Pfaster Blauens zu halten. Für schmutzige und auswärtige Arbeiten wird meistens nicht mehr bezahlt. Gerade hierin sündigen die meisten Kollegen, wir wollen aber unterlassen, an dieser Stelle darauf näher einzugehen. Die Schutzmaßnahmen bei Dacharbeit werden vollständig außer acht gelassen, hygienische Einrichtungen sind bei keinem Meister zu finden, nicht einmal Waschgelegenheit ist vorhanden. Wir könnten noch eine Reihe weiterer Mißstände anführen. Zunächst wollen wir aber die Kollegen auf die Werkstatt von Otto Bauer aufmerksam machen. Dort besteht noch die Einrichtung, daß jeder Geselle und Lehrling nach Feierabend bei der Frau Meisterin die am Tage verrichtete Arbeit angeben muß, was eine halbe bis dreiviertel Stunden dauert. Als Sportsmann besitzt Herr Bauer einen Hund, für den kein anderer Mann vorhanden ist als die Werkstelle. Der Gehilfe erste Arbeit ist deshalb morgens, die Werkstelle zu lüften und die Materialien und Werkzeuge zu reinigen. In dieser Werkstatt arbeitet der vom Streik im Jahre 1903 her bekannte Arbeitslose L., kein Wunder, daß dort solche Zustände noch existieren. — Wir ersuchen die Kollegen, unsere Baumgartenversammlungen besser zu besuchen, sich vor Arbeitsaufnahme bei dem Bevollmächtigten zu erkundigen. Den hier noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Zürich. (Spenglerstreik.) Unsere zweimaligen Verhandlungen mit den Meistern sind ergebnislos verlaufen, da die Meister jedesmal erklärten, ihnen die Hände gebunden. Die Gehilfen haben sich nun entschlossen, den Kampf bis aufs Äußerste zu führen, und sei es auch den nächsten Winter über. Wir ersuchen die Kollegen: Meidet eine Reise nach Zürich, da der ganze Kanton gesperrt ist, und unterhält uns in moralischer und materieller Hinsicht. — Der Streik dauert nun 20 Wochen. Sperrbrecher werden wie Streikbrecher behandelt.

Metallarbeiter.

Berlin. (Arbeiterfürsorge des Unternehmertums.) Die so oft gerühmte Arbeiterfürsorge des Unternehmertums wird durch einen Akt beispiellosester Rohheit scharf und grell beleuchtet. In dem Berliner Betrieb der Weltfirma Julius Fintsch, Aktiengesellschaft, Andreasstraße 72-73, wurde am Mittwoch den 7. August mittags 1 1/2 Uhr der Arbeiter B. vom Blutsturz befallen, der tödlich verlief. Der herbeigerufene Arzt konnte bei seinem Erscheinen nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Statt nun die Leiche aus dem Arbeitsraum fortzuschaffen, bedeckte man sie mit Lappen und ließ sie bis 5 1/2 Uhr in dem Raume, in dem circa 40 Mann arbeiten, liegen. Dann wurde sie, da eine Tragbahre in diesem Mutterbetrieb nicht vorhanden ist, in einem Fenstervorhang in den Keller getragen. Am anderen Mittag wurde auf dem Hofe des Fabrikgrundstücks, an dessen offener Seite die Stadtbahnzüge vorbeifahren und die Beobachtung aller Vorgänge auf dem Hofe ermöglichen, die Leiche eingefahrt, wobei man sich zur Reinigung derselben vom Blute in Ermangelung von jauberen Tüchern schmutziger Lappen bedienen mußte. — In einem anderen Saale dieses Unternehmens verloren am selben Tage am Stosswerk zwei Arbeiter je einen Finger, während einem anderen der Kiefer erschlagen wurde. Der Meister dieses Saales, der früher als Arbeiter an diesem Stosswerk auch einen Finger eingebüßt hat, behauptet, solche Unglücksfälle passierten nur, weil die Arbeiter immer betrunken seien. Der Stammd eines Arbeiters, dann wüßte er ja auch betrunken gewesen sein als ihm das Unglück passierte, wurde mit dem freundlichen Hinweis: das kummere ich nicht, zurückgewiesen. Drei Unglücksfälle und ein Todesfall am einen Tage genügen wirklich, um zu kennzeichnen, in wie leichtfertiger Weise in dem Betrieb mit Leben und Gesundheit der Arbeiter umgegangen wird. Von den vergewaltigten Verband- und Medizinikanten soll auch in diesem Kiefernbetrieb, der viele hundert Arbeiter beschäftigt, nur ein Exemplar vorhanden sein. Ob das alles den Gewerkschaftsbeamten entgangen ist? Für Einrichtungen, die zum Schutz der Arbeiter dienen, scheint der Konnerzienrat Fintsch, den man als zwanzigfachen Millionär einschätzt, kein Geld zu haben. Dagegen hat er der Andragsgemeinde, deren Kirchhofsfest er ist, ein Kirchenfenster gestiftet, hat seine Ehrenbürgerwürde in Fürstentum, wo sich eine Filiale der Firma befindet, durch Erchtung eines Kriegerdenkmals erworben, und er hat für den Berliner Dom eine schmiedeeiserne Kirchengtür gespendet, die die Kleinigkeit von 44 000 Mk. gekostet haben soll. Zweifellos ein frommer Mann, der aber die schönen Worte „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ trotz

feiern verdienen: 1 unter 15 Mt., 1: 16 Mt., 2: 17 Mt., 4: 18 Mt., 2: 19 Mt., 6: 20 Mt., 5: 21 Mt., 4: 22 Mt., 3: 23 Mt., 10: 24 Mt., 4: 25 Mt., 3: 26 Mt., 2: 27 Mt., 1: 28 Mt., 1: 30 Mt. Im Durchschnitt verdienen die Instrumentenfeiler die Woche 22,18 Mt. Von 125 Schleifern verdienen: 9 unter 15 Mt., 5: 15 Mt., 4: 16 Mt., 3: 17 Mt., 13: 18 Mt., 10: 19 Mt., 14: 20 Mt., 12: 21 Mt., 10: 22 Mt., 7: 23 Mt., 25: 24 Mt., 4: 25 Mt., 1: 26 Mt., 2: 27 Mt., 1: 28 Mt., 2: 30 Mt., 2: 32 Mt., 1: 35 Mt. Im Durchschnitt verdienen die Schleifer und Polierer 20,92 Mt. die Woche. Von 40 Hilfsarbeitern verdienen: 5 unter 15 Mt., 1: 15 Mt., 7: 16 Mt., 3: 17 Mt., 10: 18 Mt., 6: 19 Mt., 2: 20 Mt., 4: 21 Mt., 1: 23 Mt. und 1: 25 Mt. Der Durchschnittsverdienst beträgt für Hilfsarbeiter 17,48 Mt. die Woche. Von 8 Arbeitern, die verschiedenen Berufen angehören (Schmiede, Schlosser u. s. m.) verdienen: 1: 18 Mt., 4: 21 Mt., 1: 24 Mt., 1: 25 Mt., 1: 30 Mt. Im Durchschnitt verdienen diese Arbeiter 22,62 Mt. die Woche. Für alle 368 an der Statistik beteiligten Arbeiter ergab sich ein Durchschnittsverdienst von 21,07 Mt. die Woche. Dabei haben man es mit Arbeitern zu tun, die sich auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit befinden, denn das Durchschnittsalter aller an der Statistik Beteiligten betrage rund 29 Jahre. Da diese Verdienste als recht niedrig und durchaus unzureichend bezeichnet werden müssen, werde wohl jeder Einsichtige zugeben müssen. Man berücksichtige nur die rapide Steigerung aller Warenpreise, vor allem der Lebensmittel. Schon im Jahre 1905 habe der Aufwand für Lebensmittel allein nach den Berechnungen des Dr. Jaström im Arbeitsmarkt für eine Familie mit vier Köpfen die Woche 21,98 Mt. betragen und inzwischen seien die Preise in fast unerhörter Weise in die Höhe gegangen. Es reicht also der Verdienst der Arbeiter der Instrumentenindustrie nicht einmal nach den Berechnungen des Dr. Jaström für Lebensmittel allein. Heraus ergebe sich eine außerordentlich niedere Lebenshaltung für diese Arbeitergruppen. Hier eine angemessene Erhöhung der Verdienste anzustreben, sei eine unbedingte Notwendigkeit. Bezüglich des Lohnsystems sei zu bemerken, daß teils in Lohn und teils in Akkord gearbeitet werde, von einer geregelten Akkordarbeit könne keine Rede sein. Von festen Akkordpreisen oder Akkordpreislösen, Lohngarantie sei keine Spur vorhanden. Hier liege aller Vorteil auf Seite der Unternehmer, der Arbeiter habe kein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Akkordpreise oder Regulierung der Akkorde. Übervorteilung und Willkür seien die Folgen eines solchen Systems. Auch dieser Zustand bedürfe dringend der Verbesserung. Über allgemeine Verhältnisse müßte noch angeführt werden, daß in der Regel die Arbeiter der Instrumentenindustrie weite Wege von der Wohnung zur Werkstätte und umgekehrt zurücklegen hätten. Von 312 Arbeitern, die über diesen Punkt Angaben machten, beträgt der Zeitaufwand zu diesem Zwecke im Durchschnitt 25,2 Minuten pro Tag. Um diese Zeit verlängere sich die Arbeitszeit, denn die Zurücklegung des Weges zur Fabrik bedeute auch eine bestimmte Arbeitsleistung. Ursache dieses Zustandes seien die hohen Mietpreise, die die Arbeiter zwingen, an der Peripherie der Stadt Wohnung zu nehmen. Dann sei ein ziemlich hoher Krankenstand unter den Arbeitern der Instrumentenindustrie zu verzeichnen, es treffen im Durchschnitt auf jeden Kranken 45 Krankheitsstage. Über die sanitären und hygienischen Zustände in den Betrieben sei allgemein nicht zu klagen, nur in einigen kleineren Werkstätten sei manches verbesserungsbedürftig. Dagegen lasse die Behandlung in vielen Fällen viel zu wünschen übrig. So haben unsere Erhebungen ein wenig günstiges Bild von der Lage der Arbeiter der chirurgischen Instrumentenindustrie ergeben. Aus diesen Gründen sei nach eingehenden Beratungen von den Vertrauensleuten beschlossen worden, Vorschläge auszuarbeiten und sie an die Unternehmer einzureichen, um eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Diese Vorschläge haben folgenden Wortlaut: „1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 9 1/2 Stunden. Sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 6 Uhr, mit anderthalbstündiger Mittagspause. Die Pause fällt in die Zeit von mittags 12 bis 1 1/2 Uhr. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit tritt eine Minderung des Verdienstes nicht ein. 2. Überstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden; müssen solche in dringenden Fällen geleistet werden, so erfolgt für Überstunden ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacharbeit und Arbeit an Sonntagen sowie gelegentlichen Feiertagen von 50 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn. Als Überstunden gilt die Zeit von 6 bis 8 Uhr abends, als Nacharbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. 3. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und zwar freitags. Der Lohn wird bis zum Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt. 4. Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 10 Prozent. 5. Erhöhung sämtlicher Akkordpreise um 10 Prozent. Regelung der Akkordarbeit auf folgender Grundlage: Mit jedem Arbeiter wird ein feines Leistungsverzeichnis vereinbart, das die Leistungen des Arbeiters in bestimmten Stundenlohn vereinbart. Der Akkordpreis wird jedem Arbeiter vor Übernahme einer jeden Arbeit schriftlich (mittels Akkordzettel oder Buch) mitgeteilt und der von dem Arbeiter verdiente Betrag bei ordnungsgemäßer Leistung voll ausbezahlt. Sämtliche Akkordpreise werden mit Linné oder Schreibmaschine in ein Verzeichnis eingetragen, das den Arbeitern jederzeit zur Einsichtnahme der sie betreffenden Akkorde aufliegt. Eine Revision respektive Änderung der Akkordpreise unterliegt der gegenseitigen Vereinbarung zwischen der Betriebsleitung und dem Meister und den Arbeitern. Sollte bei Akkorddifferenzen eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet die Direktion respektive Betriebsleitung gemeinsam mit einer Kommission sachkundiger Arbeiter. Wird bei Akkordarbeit ohne Verschulden des Arbeiters der vereinbarte Stundenlohn nicht erzielt, so wird derselbe ausbezahlt.“ — Vom Meisterten wurde zum Schluß noch darauf hingewiesen, daß die Fabrikanten diese Vorschläge leicht bewilligen können, nicht nur weil sie als sehr bescheiden bezeichnet werden müssen, sondern weil die Rechnungsbüchlein der Arbeitergesellschaft für Feinmechanik beweisen, daß diese Industrie bedeutende Gewinne abwirft. Aus der vor einiger Zeit veröffentlichten Bilanz vom Jahre 1906 ergebe sich, daß diese Firma einen Nettogewinn von 454.548,23 Mt. erzielt habe und eine Dividende von 10 Prozent verteilen konnte. Dazu kommen noch ganz bedeutende Abschreibungen, so daß es also sehr leicht möglich ist, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Hoffentlich gelinge es auf dem Wege der Verhandlungen, die Vorschläge der Arbeiter in die Tat umzusetzen. Der reiche Verkauf der Verträge beweist hier: das Einverständnis mit den Ausführungen des Redners. Ohne Diskussion wurden die Vorschläge einstimmig gutgeheißen. Die aufgedruckte Verfassung wurde mit dem Hinweis geschlossen, die noch der Organisation zuzustehenden Kollegen derselben zuzuführen. Möge auch bei den Unternehmern die Erkenntnis Platz greifen, daß eine Verbesserung der Lage der Arbeiter dringend notwendig ist, dann wird es wohl möglich sein, auf friedlichem Wege eine Verständigung zu erzielen.

Zinngießer.

München. Anfangs dieses Jahres war in der Metallarbeiter-Zeitung ein Artikel erschienen, in dem sich ein Kollege erlaubte, die Reichszinnpolitik der Prinzipale einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Die Deutsche Zinngießer-Zeitung, das Organ der Prinzipale, reagierte auf den Artikel mit der lakonischen Bemerkung, daß es nicht der Mühe wert sei, auf denselben einzugehen. Das Spiel, das gegen das Reichszinngesetz getrieben wird, wurde nicht bestritten, doch warf man sich mit desto härterem Nachdruck auf den hygienischen Teil des Artikels und behauptete, daß es haarsträubend und nur in der Phantasie des Artikelverfassers liegend sei, was er über die Wirkungen der Bleivergiftungen geschrieben habe. Hätte man den ersten besten Arzt gefragt, so hätte dieser bestätigen müssen, daß dies alles „Bogelweiserungen“ dieser Krankheit sind. Nun fragen wir: aus welchen Motiven ist denn der Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung erschienen? Die Antwort lautet: Aus der Notwendigkeit für die Gehilfen, gegen die fortgesetzten Beschäftigungen, Mordgeizen und Geheizen der Zinngießermeister, die diese seit beinahe 20 Jahren wider das zum Nutzen der Allgemeinheit eingeführte Reichszinngesetz verüben. Stellung zu nehmen. Und wer war der spezielle Veranlasser zu dieser Stellungnahme? Gewiß ist es nicht die Arbeiterchaft und nicht die Allgemeinheit, die den Gehilfen Resolutionen und den verchiedensten Resolutionen den Herausgeber will. Es war im Dezember 1901, als der Zinngießermeisterverein in Nürnberg im Auftrag der deutschen Zinngießermeister an den deutschen Reichstag eine Petition richtete, die das Reichszinngesetz mit Jubel begrüßte. Die durchgeführten sollte, die verlangte,

daß wenigstens für Scharniere eine größere Legierung mit Blei stattfinden dürfe. Bei dieser Gelegenheit mußte auch das Ausland herhalten, weil es bis zu 40 Prozent Blei verwendet. Wie mag so manchem biederen alten Meister das Wasser im Munde zusammengekommen sein, als dadurch die seltsame Erinnerung an längst vergangene Tage bei ihm wachgerufen wurde, wo auch er von niemand gestört und durch kein Gesch gehindert, der Lot- und Faulzinnsarbeit frönen konnte, wo so manchen Krug und so manches Glas ein lieblich blau und schwarz schimmernder Deckelierte. In der zweiten Generalversammlung der Zinngießermeister, die am 24. Juni 1905 im Hotel Reichshof zu München stattfand, wurde mit „Bedauern“ bekannt gegeben, daß wiederholte Eingaben um Änderung des Reichszinngesetzes über den Verkehr mit Blei- und zinnhaltigen Gegenständen abgemiesen wurden. Die Verammlung faßte einstimmig folgende Resolution: „Trotz mehrfacher Verurteilung und fortgesetzter Vorstellungen bei den einschlägigen Behörden wurde unserem Versuch um Änderung des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Blei- und zinnhaltigen Gegenständen keine Folge gegeben. Statt dessen hat das Gesetz zum größten Schaden des Zinngießergewerbes dauerlicherweise Verschärfungen erfahren, die der Gesetzgeber ursprünglich nicht vorgezogen hat. Ging man doch in letzter Zeit so weit, die Zinnspielwarenindustrie in ihrer seit Hunderten von Jahren bestehenden, technisch einzig möglichen Fabrikationsweise zu verbieten und dadurch viele Existenzen zu bedrohen, wenn nicht gar zu vernichten. Die Generalversammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß das Gesetz einer Revision unterzogen, daß besonders unserem wiederholten Ansuchen, Sachverständige aus unserem Handwerk beizuziehen, endlich Folge gegeben werde.“ — Ein weiterer Vorstoß wurde am 17. Februar 1906 in der Plenarsitzung des deutschen Reichstags durch Dr. Burckhardt (Christlichsozialer Vereinigung) und Genossen unternommen. Derselbe unterbreitete dem Reichstag folgende Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen, die verabschiedeten Verfügungen zu erlösen, schleunigst anzuordnen, daß die Herstellung und der Vertrieb von Bierkrugdeckeln aus einer Legierung von Zinn mit mehr als 10 Prozent Bleigehalt nicht unter das Gesetz vom 25. Juni 1887 fallend betrachtet werden, wenn die Deckelkrüge nachweislich zur Ausführung nach außerdeutschen Ländern bestimmt sind.“ — In dieser Resolution wird direkt verlangt, daß gegen das Ausland eine andere Stellung eingenommen werden kann als für das Inland. Was im Inland als gesundheitsgefährlich verboten ist, das ist nach der Resolution dem Ausland gegenüber gesundheitsfördernd. Nun wollen wir doch im Zeitalter der Humanität unsere Nachbarländer und den ganzen Weltmarkt mit Artfellen verschonen, die im Reiche nicht verkauft werden dürfen. „Wir“ sind gleich dabei, gegen das Ausland die schärfsten Bestimmungen zu treffen, wenn wir sehen, daß dasselbe uns mit gesundheitsgefährlichen Waren und Lebensmitteln zu beglücken will. Ja, man geht hier sogar weiter und erschwert die Einfuhr der besten Lebensmittel und Waren durch Zölle und Steuern so stark, daß sogar das Ausland mitunter gemwungen ist, die Einfuhr einzustellen und sich um andere Absatzgebiete umzusehen. Und solche Maßnahmen, wie die verlangten, sollen uns dann im Ausland beliebt machen. Die verschiedenen Regierungen der außerdeutschen Staaten müßten doch Zinze gestatten haben, wenn sie auf solche Maßnahmen nicht reagieren und Gleiches mit Gleichem vergelten würden. Und daß das Ausland nicht mitunter den Stiel auch umdrehen und die Einfuhr von Waren verbieten und unterdrücken könnte, die im heiligen Deutschen Reiche für gesundheitsgefährlich gehalten werden, das scheinen die Herren, die die Resolution eingebracht, und ebenso ihre Bevollmächtigten und Begründer gar nicht ins Auge gefaßt zu haben. Wie kam es dazu, daß das Volk der Deutscher und der Sozialreformer sein, wenn es in der Hygiene gegenüber dem Ausland einen Schritt rückwärts machen wollte. — Eine weitere Vorstellung bekamen die Herren Zinngießermeister am 26. November 1906 bei dem bayerischen Minister Podewils, wobei selbstverständlich auch Nürnberg dabei sein mußte. Es wurde der Versuch gemacht, den Minister und den Ministerialrat Raut für die Ansichten der Meister zu gewinnen, damit diese bei einem weiteren Vorstoß gegen das Gesetz in das Feld geführt werden könnten. Eigentümlich muß es berühren, daß gerade von Nürnberg aus fortgesetzt solche Versuche gemacht werden. Beinahe scheint es, als wenn der Ruf, in dem die Nürnberger Arbeit gefordert, ihnen noch zu gut ist, als ob es ihnen nicht eher wohl ist, bis nicht wieder eine Traur der Blei- und Faulzinnschulter angebrochen ist. Bei der betreffenden Petition ist man sogar so weit gegangen, daß man auch Mitleid für die Verfäulter, als die am meisten Kraft verbrauchende Sparte der Branche, zeigen wollte. Im Laufe der Jahre würde man auch diesen geschundenen Leuten dann immer wieder von ihren sauer verdienten Groschen Abzüge machen. Man muß die Sache nur zu decheln verstehen, irgendwas wird dann schon etwas hängen bleiben. Einer früheren Ansicht der Zinngießermeister München, statt der Reichszinnbeseitigung nur solche von Feinzuin herzustellen und dafür die Scharniere mit einer Legierung von 20 bis 30 Prozent Blei zu fabrizieren, könnte noch eher zugestimmt werden, weil hier ein gewisser Ausgleich stattfinden würde. Besonders die Dreher brauchen dann den Metallraub nicht mehr zu schänden, der sich bei Reichszinn in den Betrieben entwickelt, die mit Motor oder elektrischer Kraft arbeiten. — Zugabende ist, daß der hohe Zinnspreis der Entwicklung des Gewerbes hinderlich ist, das in diesem seit Jahren eine Stagnation eingetreten, wie vielleicht in keinem anderen Beruf. Das berechtigt aber auf keinen Fall dazu, daß die Allgemeinheit Schaden leiden, oder daß das Ausland dafür die Zehne bezahlen muß. Unsere große Wappfabrikation leidet unabweislich ebenso an dem horrenden Metallpreis des Metalls, diese Industrie hätte das gleiche Recht dazu, das Gesetz zu hassen und zu vernichten. — Nun haben unsere Zinngießermeister eine Vereinigung geschaffen. Bei ihrer Gründung leitete man sogar den lakonischen Witz, daß die Vereinigung nur zum „Wohle der Arbeiter“ geschaffen werde. Die Gehilfenchaft war ganz paß ob solcher ungewohnten Herrlichkeit, sie war aber so argwöhnlich, daß sie glaubte, ein Haar in der Suppe zu finden. Das Wohlwollen der „Vereinigung“ hatte sich in einem Maße entwickelt, daß gar mancher Kellner ein häßliches Lied darüber pfeifen kann. Schon die famose Einrichtung des Arbeitsnachweises der Vereinigung wirkt so friedfördernd und wird in loyal gehandhabt, daß man die Überzeugung erhält, sie sei nur zum „Wohle der Arbeiter“ geschaffen. — Haben wir schon eine Zeile davon gelesen oder gehört, daß die Vereinigung nur den Versuch unternommen hätte, einmal der Schmutzkonkurrenz in eigenen Lager auf den Leib zu rücken? Immer hört man nur, daß der hohe Metallpreis schuld sei, daß an der Arbeit nicht mehr profitiert werde und daß man erst wieder zu geordneten Zuständen komme, wenn wenigstens die Scharniere aus Lotzinn hergestellt werden dürfen. Gesetz aber den Stand, das Gesundheitsamt würde sich jetzt, nach 20 Jahren, auf den Standpunkt stellen, daß es die Jahre hindurch Unrecht hatte, und daß die Regierung der Scharniere mit 40 Prozent Blei der Gesundheit nicht schädlich sei, so ist nabeliegend, daß das Gesetz einer Revision unterzogen wird. Hier wäre dann der Anfang gemacht und man würde nicht ruhen noch raufen mit Verhufen und „Schweifen“, daß eine Legierung von 40 Prozent Blei für die Deckelbeseitigung ebenso wenig für die Gesundheit schädlich sei wie bei den Scharnieren. Wenn solches erreicht, dann wäre auch wieder der „goldene Boden des Handwerks“ gegeben. Doch die Mehrzahl der Medaille wird uns etwas anderes lehren. Trotzdem der Metallpreis ein so hoher ist, unterbietet mancher Kleinmeister und mancher Fabrikant die bestehenden Preise fortgesetzt, um seine Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Die Münchener Brauereien verlangen aber immer eine starke, laubere und geschicklich einwandfreie Ware. Gar mancher Meister lieh schon das Wort fallen, daß er auf die Brauereiarbeit verzichte, weil sie so gedrückt sei. Wie soll es aber werden, wenn der Wunsch der Zinngießermeister in Erfüllung gehen würde und mit Lot gearbeitet werden dürfte? Sind denn die Herren der Meinung, daß dann leichter zu konkurrieren ist? Im Gegenteil, der gegenseitige Bekämpfungskampf zwischen Groß- und Kleinmeister wird noch stärker entbrennen, jeder würde dann erst recht der billige sein wollen. Gegen die unfruchtliche Konkurrenz sollte die Vereinigung der Zinngießermeister ihre Kraft verwenden, anstatt gegen das Reichszinngesetz zu opponieren. Man hätte es dann auch nicht nötig, die Köpfe des Bettkampfes auf die Schultern der Arbeiter abzuladen. Um dabei als unschuldiges Sam zu er-

schienen, spielt man heute die Nürnberger, morgen die Leipziger, ein andermal die Gehilfen von Grenshausen & Söhr als die bösen Kinder aus, die schuld daran sind, daß man wieder Abzüge machen müsse. Eine große Virtuosität hat sich darin eine Münchener Firma angeeignet, die dadurch auch unter die Arbeiter Zwicktracht zu streuen sucht. Das wird die Arbeiter freilich nach und nach alle zum Bewußtsein bringen, daß dagegen nur die Organisation Hilfe bringen kann. Und da wundern sich dann Leute, daß das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gehilfen zum Teil gelassen ist. Sollen denn die Gehilfen, nachdem trotz sich steigenden Lebensmittel- und Wohnungspreise immer Abzüge gemacht werden, nicht das Recht haben, sich dagegen zu wehren? (Schluß folgt.)

Rundschau.

Appetit auf gelbes Fleisch.

In Nr. 23 des Zentralblattes der Hütten- und Walzwerke unternimmt es ein Dr. Fritz Diepenhorst aus St. Johann (a. d. Saar), die „Notwendigkeit“ der Einführung chinesischer Kulis für die deutsche Eisenindustrie und die „Ungefährlichkeit“ eines solchen Imports zu „beweisen“. Der Doktor streckt gewiß im Auftrag der Herren von Saarabien die Füßchen aus. Zur Einführung des gelben Menschenfleisches in unsere Hütten- und Walzwerkindustrie macht er geltend, daß es „fast überall an Arbeitskräften fehle“, so daß die „Arbeitgeber“ gezwungen seien, „nach neuen eventuell ausländischen Arbeitskräften Umschau zu halten“. Der „Arbeitermangel“ der Hütten- und Walzwerke hat ganz bestimmte Ursachen, von denen im zweiten Leitartikel dieser Nummer einiges nähere zu lesen ist. Wir sind übrigens neugierig, was unsere Schwärmer für Mühl-Weiß zu dem „Arbeitermangel“ sagen werden, die bei der letzten Reichstagswahlagitation als besonderen Trick die Behauptung aufstellten, wir bräuchten diese Kolonien auch deshalb, um die überflüssige Bevölkerung Deutschlands dort ansiedeln zu können. Nach Dr. Diepenhorst bedeutet die Einfuhr von Kulis aber beileibe nicht eine „Vohndrucker“, da sie lediglich dem Arbeitermangel abhelfen sollen und geringer entlohnt werden, weil sie viel weniger leisten als ihre weißen Kollegen und dadurch der Nutzen von selbst kompensiert werden dürfte“. Der Herr Doktor ist in seiner Rolle doch noch etwas ungeschickt. Es kommt nicht darauf an, daß die Kulis weniger leisten als die weißen Arbeiter, sondern daß sie fleißiger arbeiten. Dadurch allein schon wird ein Druck auf die Löhne ausgeübt.

Nach den weiteren Darlegungen des Doktors können naive Leute fast zu der Überzeugung gebracht werden, daß die saarabischen und sonstigen Eisenmagnaten noch ein großes Opfer bringen würden, wenn sie Kulis beschäftigten. Denn er sagt weiter, die Entlohnung der Farbigen reiche nicht allein aus, sie zu beschäftigen, es müsse ihnen die Reise vergütet, eine Kolonie mit einem Dolmetscher errichtet werden, der auch gleichzeitig ihre Nationalgerichte (Matlenschwänze u. s.?) zubereitet... Auch die Berufsangehörigen würden allein schon dafür sorgen, daß die Zahl der chinesischen Kulis in unseren Großbetrieben nicht zu sehr überhand nähme, da einige schon die Sagen dahin abgeändert hätten, daß fremdsprachige Arbeiter nur dann beschäftigt werden dürften, wenn sie genügend deutsch sprechen und lesen können, um mündliche Anweisungen ihrer deutschen Vorgesetzten und Mitteilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen und die in deutscher Sprache erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu verstehen. Das sei den prinzipiellen Gegnern der Kulieneinfuhr zur Beachtung zu empfehlen.

Der Herr Doktor mag sich drehen und wenden wie er will, die Absicht seiner Auftraggeber ist: billiges Menschenfleisch zu erlangen. Das bedauerliche bei der Sache besteht für sie natürlich nur darin, daß die chinesischen Kulis, wie Dr. Diepenhorst ausführt, vorerst nur als Vergarbeiter, Verloader, Kohlenkipper und zu ähnlichen Arbeiten verwendet werden könnten. Aber der Hoffnung wird zugleich Raum gegeben, daß der Mongole durch „Erziehung“ zu einem „geeigneten Industriearbeiter“ zu machen sei. Innerhalb weniger Generationen wird dann die Vererbung das ihre tun und die Kinder der heute Lebenden würden schon eine größere Eignung zur Industriearbeit aufweisen. Sicherlich ist es richtig, daß die Leistungsfähigkeit des mongolischen Fabrikarbeiters in den nächsten Jahrzehnten sich noch etwas steigern wird.

Der Wunsch, die Kulis zu „geeigneten Industriearbeitern“ zu machen, erhält dann in einem sehr dunkel gehaltenen Satze ein Heftel, in dem von „westlichen“ und „östlichen“ Produktionskosten geredet wird. Die saarabischen Eisenmagnaten wollen damit trotz ihrer ungeheuren Profite wohl gar noch glauben machen, daß die Produktionskosten ihrer Werte zu hohe seien! Man sieht: Die Profitgier macht unerschütterlich. Freilich, einige entschuldigende Momente können die Herrschaft für sich ins Feld führen: Der Norddeutsche Lloyd hat 50 chinesische Steiger und Kohlenzieher für den Dienst in den Tropen eingestellt, die Ostbier tragen auch schon seit langem ein heißes Verlangen nach gelbem Menschenfleisch in ihren teuflischen Bufen — warum sollten da die saarabischen Eisenmagnaten zurückbleiben? Sie erachten die Gelegenheit um so günstiger, als zurzeit in Deutschland beim Unternehmertum ohnehin die „Selbstsucht“ herrscht.

Aber die Herren in Saarabien e tutti quanti mögen sich nur nicht täuschen! In den Kreisen der deutschen Eisenarbeiter wird der Artikel des Dr. Diepenhorst ein Echo finden, das ihnen sehr unangenehm in die Ohren dringen wird.

Die Ansperrung der bayerischen Metallarbeiter

wurde, wie der Frankfurter Tagespost aus München geschrieben wurde, dadurch abgebrochen, daß die Scharfmacher des bayerischen Metallindustriellerverbandes bei den für Samstag den 10. August nach dem Kunstgewerbehaus in München einberufenen Unterhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der Rathgeberischen Waggonfabrik offiziell ausblieben. Die Herren haben nämlich in einer Sitzung in Nürnberg auf das bestimmteste erklärt, daß von der 57-tägigen Arbeitszeit prinzipiell nicht abgegangen werden darf. Nachdem sich Herr Guggenheimer, der Direktor der Waggonfabrik Augsburg, am Samstag überzeugen lassen mußte, daß der Direktor der Rathgeberischen Waggonfabrik sowohl den Holzarbeitern als auch den Metallarbeitern in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch privatim, bereits Konzessionen gemacht hatte, erklärte er, daß dann der Industriellerverband von den Unterhandlungen auszuscheiden habe und die Angelegenheit nur noch mit der Rathgeberischen Fabrik zu regeln sei. Die Verhandlungen wurden dann nur noch zwischen dem Direktor und dem Fabrikantenschuß der Rathgeberischen Waggonfabrik weitergeführt, weshalb selbstverständlich die Abmachungen auch nur für die Arbeiter der Rathgeberischen Waggonfabrik Gültigkeit haben können. Nach kurzer Verhandlung wurde für die Holzarbeiter die 57-tägige, für die Metallarbeiter die 66-tägige Arbeitszeit vereinbart. In dem sofort abgehaltenen Appell der streikenden Holzarbeiter wurde dem Resultat einstimmig zugestimmt und beschlossen, die Arbeit am Montag aufzunehmen. Die Scharfmacher wollen sich nunmehr wegen des verletzten Prinzipals mit dem Direktor der Rathgeberischen Waggonfabrik „privatim“ auseinandersetzen. Das Verbrechen, das dieser dadurch begangen, daß er den Herrn im Hause auf eine den Scharfmachern nicht genehme Weise spielte, erzielte auch eine gründliche Sühne. Wir bedauern den Ausschluß aus dem Scharfmacherverband. Die Herren Guggenheimer und Genossen spielen sich immer mehr als Terroristen auf. So haben sie erst neuerdings wieder in München den Gelbmehlarbeiter verboten, mit den Arbeitern einen Tarif abzuschließen!

Gewerkschaftliches.

Kampf im Berliner Baugewerbe. Am 9. August beschloffen die beteiligten Organisationen, eine neue Taktik zu beschließen...

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie hat den Holzarbeiter-Verband über zwei Millionen gekostet. Mitle der Kassierer...

Aus den Unternehmerverbänden.

In der letzten Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen...

Der Vorsitzende soll auf diese Frage geantwortet haben: Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Selbstverständlich konnte die Antwort gar nicht anders lauten...

Gelbe Kollegialität.

Gelb ist Krampf bei Seidel & Kaufmann in Dresden, seit die Firma ihren großen Sieg über die Arbeiter erfochten hat...

Hirsch-Dauerchen.

Herr Bleicher - ein tapferer Held. In den am miserabelsten redigierten Blättern gehört ohne Zweifel das in Augsburg unter dem Titel Die Wacht erscheinende Hirsch-Dauerchen...

oder nicht, auf jeden Fall hat er sich ein böses Armutzeugnis ausgestellt und gezeigt, daß er mit zu denen gehört, derer das Himmelreich ist...

In der folgenden Nummer der Wacht (Nr. 52 vom 10. August) läßt Herr Bleicher unentwegt weiter. Da ist die Rede von einem Arbeiter Flagg, der in Delmenhorst totgeschlagen worden sein soll...

Vom Ausland.

Rußland.

Anfang Juli zählte der Petersburger Metallarbeiter-Verband circa 13000 Mitglieder, doch fanden sich unter ihnen viele unpolitische Jährlinge...

Literarisches.

Kritische Bemerkungen der Buchhandlung Vorwärts (Berlin). 3. Etage, Gott? Gottglaube oder Atheismus? Der Verfasser bezieht sich in dieser feistlich geschriebenen Abhandlung...

Nachtrag.

Aussperrung in der Münchener Selbstmetallindustrie. In dem für diese Branche bis 12. August gültigen Tarif...

Aussperrung in Oberfranken a. d. Rhod.

Bei der Firma Gehr. Schmitz trafen 94 Arbeiter am 10. August die Aussperrung ein. Demzufolge der Unternehmerverband des Bergbau- und hüttenwärtlichen Arbeiter der Metallwaren, Uhrarbeiten...

Mitteilungen des Verlags.

Auf wichtige Ereignisse seitens der Verbandsorganisationsleiter teilten wir kürzlich mit, daß das Protokoll der letzten ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert. Samstag, 24. August: Dortmund-Anna, Otto Jung, 1/9. Saal, Schwab., Germania, 8 Uhr...

Verantwortlichkeiten der Ortsverwaltungen etc.

- Augsburg. Das Bureau befindet sich vom 15. August an Eifenhammerstraße 9. Berlin. Heiseheld wird nur morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr...

Verbands-Anzeigen.

- Ein tüchtiger Goldarbeiter auf Reisen und Zinifer bei hohem Lohn und dauernde Stellung gesucht. Offerten unter G. 1032 an den Verlag d. Blattes erbeten.

Verbands-Anzeigen.

- Tüchtige Dreher auf Messingarbeit gesucht. Dieselben müssen selbständig arbeiten können, sowie auf Werk eingearbeitet sein. Müller & Cie., Düsseldorf.

Privat-Anzeigen.

- Tüchtige Plattierer und Schleißer auf Messing und Eisen bei hohem Lohn sofort gesucht. Ludwig Käthe & Sohn, Karlsruhe.

Schlosser und Nieter

bei gutem Verdienst für dauernde Beschäftigung sucht Gothar Waggonfabrik A.-G. Gotha.